

Send Kapitalismus on a highway to hell No direction home: Soziale Revolution weltweit Shine on you crazy diamond: 25 Jahre Ökologische Linke

Der Normalzustand des weltweiten Kapitalismus ist die Krise und irgendwo ist immer Krise. Kapitalismus ist Mehrwertproduktion in scharfer Konkurrenz mit dem Ziel der Profitmaximierung. Der Ausstieg aus dieser Konkurrenz bedeutet den Untergang dieses Kapitals. Monopole können die Konkurrenz aushebeln und zeitweise Extraprofite bringen. Auch technischer Vorsprung in der Produktion kann zeitweise Extraprofite bedeuten. Es gibt im Produktions- und Verwertungsprozess ständig zwangsläufig wenige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen.

Die Folgen für Mensch und Natur sind angesichts des Umfangs der kapitalistischen Produktion gewaltig. Milliarden Menschen leiden oder sterben durch das weltweite kapitalistische System, damit einige Millionen materiell profitieren. Die Klimakatastrophe, als Folge von strukturell ungezügelter Wirtschaft und Massenkonsum, ist dem einzelnen Kapitalisten gleichgültig, ihre Bekämpfung würde seine Kosten erhöhen und seiner Profitmaximierung im Weg stehen. Erst wenn auch seine Produktionsgrundlagen gefährdet sind, drängt oder unterstützt er den »ideellen Gesamtkapitalisten«, den Staat, dagegen vorzugehen. Im Kapitalismus wird immer erst gehandelt, wenn vieles schon zerstört oder vernichtet worden ist und die Opferzahl so hoch ist, dass dies nicht mehr vertuscht werden kann. Die Vernichtung von Kapital, zum Beispiel durch Kriege, ist hingegen wirksames Handeln – im Interesse des Kapitals – gegen die dem Kapitalismus immanente chronische Überproduktionskrise.

Das deutsche Kapital ist der Gewinner der Weltwirtschaftskrise, die 2007 begann und noch nicht zu Ende ist. Die Grundlage seiner hohen Exporte und Gewinne waren eine moderne Produktionstechnik, die Komplizenschaft der Gewerkschaften bei der Reallohnsenkung und der Schaffung von Millionen billigen Arbeitskräften. Die SPD/Grünen-Regierung (1998-2005) unter Schröder und Fischer zerschlug tarifliche Regelungen, enthemmte die Leihklavenarbeit und schuf mit der Agenda 2010 einen Niedriglohnarbeitsmarkt, der große Teile der Stammebelegschaften mit Flächentarifverträgen ersetzte. Auch die CDU/CSU mischte mit. Rot-Grün räumte den bisherigen Sozialstaat ab und führte das Sozialzwangs- und Demütigungssystem Hartz IV ein. Diese Regierung wälzte noch mehr Kosten im Gesundheits- und Rentensystem auf die Lohnabhängigen ab und entlastete das Kapital. Sie senkte die Steuern für Reiche und Konzerne und erleichterte ihnen die Gewinnverschiebung ins Ausland.

Die Folgen sind die dauerhafte Verarmung großer Teile der Bevölkerung in Deutschland – insbesondere der Unterschicht und der unteren Mittelschicht – Einkommensverluste bei der mittleren Mittelschicht, also dem Subproletariat und der Arbeiter*innenklasse.

Das deutsche Kapital hat die südliche und südöstliche Peripherie EU-Europas niederkonkurriert und ganze Wirtschaftszweige und Millionen Arbeitsplätze vernichtet.

Noch dramatischer sind die inhumanen und naturzerstörerischen Wirkungen für die Peripherie des weltweiten Kapitalismus, produziert durch die Zentren des Kapitalismus, besonders durch EU-Europa und die USA.

Das Afrika südlich der Sahara ist mit seinen 49 Staaten und mehr als 970 Millionen Menschen die ärmste Region der Welt und die Anzahl der erfassten grenzüberschreitenden Flüchtlinge in diesem Raum betrug 2015 über 4 Millionen. Aus dieser Region kommen ca. 4,8 Millionen Flüchtlinge, knapp hinter der Region Nahost/Nordafrika.¹

Eine wesentliche Ursache der Armut war der europäische Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts. An führender Stelle der Zerstörungen in Afrika standen zwar die großen Kolonialreiche von Großbritannien und Frankreich, aber auch die Niederlande, Belgien, Italien, Spanien, Portugal und nicht zuletzt Deutschland waren an Besetzung, Ausplünderung und Genozid beteiligt. Die Folgen willkürlich von Kolonialisten gezogener Grenzen waren und sind Kriege, Auseinandersetzungen und instabile Staaten über die Jahrhunderte.

Die Konzerne dieser europäischen Staaten raubten die Bodenschätze, den Boden – heute Land-Grabbing genannt – und alle Ressourcen Afrikas. Heute sind die USA und die VR China an der Aneignung der Ressourcen und an der geostrategischen Unterwerfung beteiligt. Die politische Instabilität fast aller Staaten in Subsahara-Afrika erleichtert die Ausbeutung im Interesse des Kapitals der kapitalistischen Zentren. Beispielsweise vergiftete der Shell-Konzern mit seiner Ölförderung in Nigeria tausende Hektar Mangrovenwald.² Die Menschen dort wurden wie Abfall behandelt. Zu den Rohstoffen, die aus Afrika exportiert bzw. geraubt werden, gehören Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran, Eisenerz, Platin, Kupfer, Coltan, Bauxit, Diamanten.³

Widerstand gegen diese Lebensbedingungen, gegen die staatliche Willkür, ist sehr schwierig. Nur in Südafrika gibt es – zum Beispiel in Bergwerken – einen relativ breiten, organisierten Klassenkampf. In Südafrika wehren sich auch die schwarzen Student*innen gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Nach dem Niedergang der vormals integrativen Kraft des ANC (African National Congress) zeigt sich in Südafrika, dass eine Erinnerung an den erfolgreichen Kampf gegen den Apartheidstaat sowie die immer noch trostlose Situation der Mehrheit der schwarzen Menschen die Grundlage für die heutigen organisierten Kämpfe sind.

Mehr als zwei Drittel der Menschen in Subsahara-Afrika leben von weniger als 2 US-Dollar pro Tag. Die Lebenserwartung derer, die dort nicht verhungern, liegt bei 54 Jahren. Unterernährung, Hunger und fehlende Gesundheitsversorgung sind die Grundlagen eines kurzen, schlechten Lebens.⁴ Zum Vergleich: in den kapitalistischen Zentren leben die Menschen im

Schnitt 24 Jahre länger. Und die aus dieser ausweglosen Situation Flüchtenden treffen dann in Deutschland auf eine in großen Teilen sozial brutal enthemmte Mittelschicht.

EU-Europa verschärft mit seinen Knebelhandelsverträgen, mit Freihandel und Exporten, die Ausbeutung in Afrika. So legt das Abkommen Economic Partnership Agreement (EPA) fest, dass die afrikanischen Länder bis zu 83 Prozent ihrer Märkte öffnen müssen und dabei schrittweise Zölle und Gebühren abschaffen. Afrikanisches Kapital ist nicht konkurrenzfähig mit europäischem.⁵

Die kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa wollen mit Freihandelsverträgen wie TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, Transatlantic Trade and Investment Partnership) die Profite des Kapitals der Zentren zu Ungunsten des Kapitals in der weltweiten Peripherie steigern. Gegen die Verhandlungen von TTIP gab es in der EU große Demonstrationen.

In Asien verfolgte die US-Regierung unter Barack Obama mit dem Trans-Pazifischen Handelsabkommen TPP (Trans-Pacific Partnership), das am 4. Februar 2016 von Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, USA und Vietnam unterschrieben wurde, die gleiche Strategie.⁶ Die USA konkurrieren in dieser Region mit der Volksrepublik China, die nicht Teil dieses Freihandelsabkommens ist. China dehnt seinen wirtschaftlichen Einfluss in der Asien-Pazifik Region aus und schafft dort neue ökonomische Abhängigkeiten bis nach Australien.⁷ Zudem beansprucht China 80 Prozent des Südchinesischen Meeres und baut militärische Stützpunkte, um den eigenen Anspruch durchzusetzen. Unter den umliegenden Staaten sind auch Verbündete der USA. Es geht sowohl um Zugriff auf fischreiche Seegebiete und Rohstoffe als auch um die militärische Kontrolle des Gebietes und vor allem der Handelsrouten.⁸

Die Verhandlungen von 50 Staaten für TISA (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, Trade in Services Agreement) zur Liberalisierung von Dienstleistungen laufen noch. CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen, Comprehensive Economic and Trade Agreement) wurde am 30. Oktober 2016 von der EU und Kanada unterschrieben.⁹

22 Jahre nach in Kraft treten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA, North American Free Trade Agreement) mit den USA und Kanada ist Mexiko einer der wichtigsten Billigproduzenten für die USA, in die 80 Prozent der mexikanischen Exporte transportiert werden. Gleichzeitig muss Mexiko viele Lebensmittel aus den USA importieren. In den USA gingen viele Arbeitsplätze verloren.¹⁰ Die NAFTA hat dem US-Kapital zusätzliche Gewinne gebracht, den Lohnabhängigen Arbeitsplätze genommen und Mexikos Wirtschaft weiter destabilisiert.

In Asien ist fast die Hälfte der Menschen, trotz des schnellen Wirtschaftswachstums in China, extrem arm: etwa 1,75 Milliarden Menschen, mehr als 24 Prozent der Weltbevölkerung.¹¹

In Lateinamerika spitzt sich die Wirtschaftskrise u.a. durch sinkende Rohstoffpreise zu. In Brasilien führt das beispielsweise zu Demonstrationen der Mittelschicht, weil sie teilweise ökonomisch abstürzt. Sie demonstrieren gegen die Regierung von Dilma Rousseff und

legitimierten im August 2016 den Putsch des rechten Regierungspartners gegen die linke Arbeiterpartei. Dieser rechte Regierungspartner war die PMDB (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung, Partido do Movimento Democrático Brasileiro) unter Führung von Michel Temer. In den eher fortschrittlichen Ländern Lateinamerikas verschärft der niedrige Ölpreis die Krise. Die hohe und stabile Förderung des billigen Schieferöls der USA drückte den Preis,¹² er sank um 50 Prozent. Venezuelas linke Regierung hat im Dezember 2014 den USA vorgeworfen einen Ölkrieg gegen Venezuela zu führen.¹³

Gegen den kubanischen Präsidenten Fidel Castro wurden während seiner Amtszeit über 600 Mordversuche durchgeführt, die alle misslangen. Die US-amerikanischen Geheimdienste arbeiteten u.a. mit der Mafia zusammen, um Kuba wieder in die kapitalistische Verwertung zu integrieren und zu verhindern, dass die kubanische Enteignung von US-Kapital für andere lateinamerikanische Staaten ein Vorbild sein könnte. Aber diese konterrevolutionären Attentatsversuche hatten keinen Erfolg. Fidel Castro starb am 25. November 2016 im Alter von 90 Jahren.¹⁴ Jutta Ditfurth dazu: »Ich bin traurig. Fidel Castro war einer der klügsten Politiker, die ich je traf. Lange temperamentvolle Diskussionen in Moskau und Havanna.«¹⁵

Armut und Perspektivlosigkeit, der eingeschränkte Zugang zu Bildung und die extremen Unterschiede zwischen Arm und Reich führen immer wieder zu regional oder national begrenztem Widerstand und zu Aufständen gegen die Herrschenden. Menschen, die für ihre Rechte und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen auf die Straße gehen oder sich organisieren, werden verfolgt, eingeschüchtert und ermordet. Widerstandsbewegungen werden zerschlagen oder soziale Bewegungen durch kleine Zugeständnisse gespalten und geschwächt.

In Chile protestieren seit 2011 Schüler*innen und Student*innen für einen freien Zugang zu Schulen und Hochschulen, die während der Diktatur Pinochets privatisiert worden waren und wegen ihrer hohen Schul- und Studiengebühren nur für kleine Gruppen erschwinglich sind. Immer wieder wurden die manchmal militanten Proteste durch massive Polizeieinsätze gewaltsam niedergeknüpelt, ohne dass die Polizei sie jedoch gänzlich stoppen konnten. 2016 flammten die Bildungsproteste, zusammen mit den Protesten für ein staatliches Rentensystem, wieder auf. Bei den Wahlen der Student*innenvereinigung der Universität von Chile in Santiago de Chile (FECh, Federación de Estudiantes de la Universidad de Chile, der),¹⁶ wurde am 10. November 2016 überraschend die Liste Gemeinsam zum Sieg (Unidas para Vencer) als zweitplatzierte Liste gewählt. Die Frauenliste, ein Bündnis von Brot und Rosen, Kommunistische Linke, Libertäre Aktion, der Partei Revolutionärer Arbeiter*innen (PTR) und anderen, will den Kampf um kostenlose Bildung mit Kämpfen gegen Gewalt gegen Frauen und für ein staatliches Rentensystem verknüpfen. Sie kritisiert auch die Kooperation linker Organisationen und Gruppen mit staatlichen Institutionen oder der Regierung, die bisher vor allem der Befriedung der Proteste diente.¹⁷

Lehrer*innen wehren sich in Mexiko gegen eine Bildungsreform von 2013, die es der Regierung ermöglicht, den Beamtenstatus von Lehrer*innen aufzuheben und missliebige linke Lehrer*innen über Unterrichtsbewertungen oder Prüfungen los zu werden. Bei der Auflösung einer Barrikade am 17. Juni 2016 starben in Nochixtlán mindestens 7 Menschen, mehr als hundert wurden verletzt.¹⁸

Die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN, Ejército Zapatista de Liberación Nacional) in Chiapas, einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, und der Nationale indigene Kongress (CNI), die größte indigene Dachorganisation Mexikos, beraten seit Herbst 2016 darüber, für die Wahlen 2018 eine gemeinsame Präsidentschaftskandidatin aufzustellen. Sie sehen darin die Chance einer linken Organisation, die Möglichkeit, die Unterdrückung der Indigenas landesweit sichtbar zu machen und sich aktiv an den politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen.¹⁹

In Brasilien protestieren Lehrer*innen gegen die Sparmaßnahmen im Bildungsbereich und Schüler*innen halten Schulen besetzt und fordern eine kostenlose, gute Bildung. Die rechte Regierung von Präsident Michel Temer will den Bildungsetat nicht erhöhen und reaktionäre Konzepte durchsetzen. Über tausend Schulen sind besetzt, der Unterricht findet selbstorganisiert statt. Bei brutalen Räumungen durch die Militärpolizei gab es bereits Verletzte und Schüler*innen wurden verhaftet.²⁰

In Kolumbien ist der Besitz von Land extrem ungleich verteilt. Die Guerilla Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) hatte sich in den 1960er Jahren als bäuerliche Selbstverteidigungsgruppe gegründet. Der Bürgerkrieg zwischen der FARC und den Großgrundbesitzer*innen, die den Staat beherrschen, begann. Am 26. September 2016 wurde der Friedensvertrag, der vier Jahre lang zwischen Regierung und der FARC verhandelt worden war, von der FARC und dem amtierenden Präsidenten Juan Manuel Santos unterzeichnet. Im anschließenden Referendum mit einer Wahlbeteiligung von nur 37 Prozent wurde der Vertrag von der kolumbianischen Bevölkerung knapp abgelehnt. Die Motive: Vertreter*innen der Großgrundbesitzer*innen wollten die Rückgabe von Teilen geraubten Landes an die vertriebenen Kleinbäuer*innen nicht mittragen, andere lehnten die vereinbarten mildereren Strafen der Sondergerichte für FARC-Kämpfer*innen ab. In den nicht vom Krieg betroffenen Regionen, insbesondere in den Städten, hatte die Propaganda der Gegner des Vertrags um den rechten Ex-Präsidenten Uribe die größte Wirkung.²¹

Ende November 2016 wurde der nachverhandelte Vertrag von Senat und Kongress legitimiert. Bestandteil blieben die Landreform und die Landrückgabe sowie zehn Sitze für Vertreter*innen der FARC im Parlament ohne Wahlen bis 2026.²² Paramilitärische Organisationen wie die Armee gegen die Landrückgabe (Ejército Anti Restitución de Tierras) bekämpften den Friedensprozess von Beginn an. Während der Friedensverhandlungen bedrohten, vertrieben und ermordeten sie Bäuer*innen, Linke und Aktivist*innen von Friedensorganisationen. Noch in den ersten Monaten 2016 gab es über 30 politische Morde.²³ Insgesamt wurden im Bürgerkrieg zwischen 1958 und 2012 mindestens 220.000 Personen getötet, 80 Prozent von ihnen waren Zivilpersonen. 27.000 Menschen wurden entführt, 25.000 werden vermisst und fast 6 Millionen Menschen wurden gewaltsam von ihrem Land vertrieben.²⁴

In Indien nahmen am 2. September 2016 bis zu 180 Millionen Menschen an einem Generalstreik teil und forderten u.a. die Erhöhung des Mindestlohns.²⁵

In der Türkei benutzten Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und die regierende islamistische AKP die Niederschlagung des gescheiterten Militärputsches vom August 2016, um Tausende seiner Gegner*innen und Kritiker*innen zu verhaften, zu verfolgen oder aus Ämtern zu entfernen. Ziel Erdogans und seiner reaktionären Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP, Adalet ve Kalkınma Partisi) ist es, die unter Mustafa Kemal Atatürk 1923 gegründete demokratische Republik mit ihrer säkularen Ausrichtung endgültig zu zerschlagen und über die Etablierung eines Präsidialsystems die politische Macht allein auf sich und die AKP zu konzentrieren.

Zwischen Anfang August und Ende November 2016 wurden über 75.000 Menschen, mutmaßliche Gülen-Anhänger*innen, Unterstützer*innen der verfolgten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK, Partiya Karkerên Kurdistanê), Mitglieder der den Kurd*innen nahestehenden Demokratischen Partei der Völker (HDP, Halkların Demokratik Partisi) sowie kurdische Bürgermeister*innen, Intellektuelle und Jurist*innen verhaftet und über 105.000 staatliche Angestellte entlassen.²⁶ Die PKK wird in der Türkei verfolgt, in Deutschland ist die Partei wegen angeblichem Terrorismus seit 1993 verboten und wird verfolgt. Von der EU und den USA wird sie wegen angeblichen Terrorismus als terroristische Organisation eingestuft.²⁷

Nach den Sommerferien 2016 standen mindestens eine Million Schüler*innen ohne Lehrer*innen da, mindestens 40.000 Lehrer*innenstellen blieben unbesetzt. Die Situation an den säkularen Schulen führt dazu, dass Kinder dort für längere Zeit keinen ausreichenden Schulunterricht mehr haben werden, Eltern sehen sich gezwungen, ihre Kinder auf die religiösen Imam-Hatip-Schulen zu schicken.²⁸ Die AKP und Staatspräsident Erdogan, selbst ein früherer Imam-Hatip-Schüler, versuchen schon seit der Bildungsreform 2012 eine islamische Schulausbildung durchzusetzen. Auch bisher säkulare Schulen sollen letztlich »religiöse Ausbildungsstätten« werden.²⁹

Erdogan ließ über 4.000 Firmen und Institutionen wie private Krankenhäuser, Schulen und Universitäten sowie Gewerkschaftshäuser, deren Besitzer zum Kreis der Hizmet-Bewegung von Fethullah Gülen gehören oder denen Verbindungen zur PKK unterstellt werden, enteignen. Gebäude, Grundstücke und Geld im Wert hunderter Millionen Euro wurden vom Staat eingezogen, der sich so zusätzliches Kapital besorgte.³⁰

Die Immunität der HDP-Parlamentsabgeordneten wurde im Parlament mit den Stimmen der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP, Milliyetçi Hareket Partisi), die mit den Grauen Wölfen verbunden ist, aufgehoben. Die führenden Abgeordneten der HDP wurden in der Nacht vom 3. auf den 4. November 2016 verhaftet.³¹ Kurdische Nachrichtensender wurden geschlossen, Journalist*innen kritischer Zeitungen sitzen im Knast.

Kurd*innen werden bekämpft, ihnen wird weder eine eigene Kultur noch ihre Sprache zugestanden. Die Kurd*innen haben einen Anteil von 18 Prozent an der Bevölkerung und sind die größte Minderheit im Land, die Säuberungswelle dauert an. Bei diesen Repressionen kann sich die reaktionäre Staatsmacht auch auf die rassistische »Überhöhung« des Türkentums und auf die Abgrenzung von »Turkvölkern« gegen Minderheiten wie die Kurd*innen stützen, eine chauvinistische Haltung, welche bis weit in die türkische Linke hineinreicht.

Auch Armenier*innen und Alevit*innen sind in der Türkei Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzt.³² In einer Resolution hat der Deutsche Bundestag am 2. Juni 2016 das Massaker an rund 1,5 Millionen Armeniern 1915/16 im Osmanischen Reich als Völkermord eingestuft.^{33,34} Die zu hunderttausenden ermordeten Aramäer*innen (Assyrer*innen) finden keine Erwähnung.^{35,36} 1938 ermordete die türkische Armee außerdem etwa 60.000 Alevit*innen.³⁷

Die internationale Duldung des Vorgehens des Folterstaates gegen Opposition, Kurd*innen und Widerstand im eigenen Land ist gesichert. EU-Europa braucht die Türkei, um Geflüchtete aus Asien und Afrika, die es bis nach Griechenland geschafft haben, wieder in Richtung Osten zurückzuschicken. Außerdem spielt die Türkei im Syrienkrieg eine wichtige strategische Rolle und nimmt dort eine Doppelrolle ein. Sie ist – neben u.a. den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen, Dänemark, Australien und Kanada – Teil der sogenannten »Internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat« und steht damit scheinbar auf Seiten der IS-Gegner.

Eigentlich aber steht die türkische Regierung dem IS ideologisch nahe und unterhält außerdem seit kurzem wieder bessere Beziehungen zu Russland. Sie trat der Allianz erst auf Druck des Nato-Partners USA bei. Deren Interesse ist die Schwächung des russischen Kampfes gegen den IS und gegen die syrischen Rebellen von Jabhat al-Nusra (Unterstützungsfront) in Syrien. Die Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran führen einen Stellvertreterkrieg in Syrien. Der Iran unterstützt die in Syrien auf Seiten Assads kämpfende schiitische Hisbollah aus dem Libanon. Saudi-Arabien bevorzugt radikal-sunnitische Milizen, die sie finanzieren und bewaffnen.³⁸

Türkische Soldaten kämpfen ohne das Einverständnis der irakischen Regierung auf irakischem Boden gegen den IS. Die Türkei kämpft hier auch gegen die PKK, deren Hauptquartier im irakischen Kandilgebirge liegt. In Syrien will Erdogans Türkei eine zusammenhängende Region Rojava entlang der Grenze zur Türkei verhindern. Erdogan lässt die syrischen Kämpfer*innen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG, Yekîneyên Parastina Gel) und der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ, Yekîneyên Parastina Jin) angreifen. YPG und YPJ sind der militärische Arm der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD, Partiya Yekîtiya Demokrat), die der PKK nahesteht und von den USA unterstützt wird.³⁹

Der IS-Terror und der Kampf gegen den IS-Terror sind auch in den kapitalistischen Zentren angekommen. In EU-Europa werden die Anschläge und Bedrohungsszenarien der letzten Jahre von den Herrschenden genutzt, um die Repressions- und Überwachungsapparate hochzurüsten.

In Frankreich gilt seit nahezu zwei Jahren der Ausnahmezustand. Er wurde nach den Anschlägen in Paris, Brüssel, Manganville und zuletzt in Nizza (Juli 2016) von der Nationalversammlung immer wieder verlängert. Hausdurchsuchungen ohne richterliche Genehmigung sind an der Tagesordnung.⁴⁰ Das Vorhaben von Staatspräsident Francois Hollande, den derzeit gesetzlich geregelten Ausnahmezustand in der Verfassung zu verankern und die

Bürgerrechte auszuhebeln, scheiterte an unterschiedlichen Voten des Senats und der Nationalversammlung.⁴¹

In Belgien herrschte nach den IS-Selbstmordattentaten vom 22. März 2016 in Brüssel mit 35 Getöteten und mehr als 300 Verletzten der Ausnahmezustand und in Deutschland rüsten Bundesregierung und Bundesländer die Polizeiapparate auf und intensivieren die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdiensten, auch auf internationaler Ebene.

Mit dem »Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes« sollen die Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes (BND) neu geregelt werden; das ist eine Reaktion darauf, dass enthüllt worden war, dass der BND jahrelang systematisch gegen geltende Gesetzes und das Grundgesetz verstoßen hat. Die Bespitzelung von Ausländer*innen im Aus- und Inland und der Zugriff auf alle Daten aus dem Internet wurden legalisiert, die Überwachungsmöglichkeiten massiv ausgeweitet.⁴² Der Auslandsgeheimdienst BND darf anders als bisher im Inland für die Überwachung nicht-deutscher Staatsbürger*innen und grenzüberschreitender Kommunikation unbeschränkt auf die technische Infrastruktur, also zum Beispiel auf das Telekom-Netz, zurückgreifen. Er kann nahezu 100 Prozent der Internetkommunikation überwachen, da diese in der Regel über ausländische Wege läuft⁴³ und überwacht so auch die Kommunikation der deutschen Bevölkerung, was er nicht darf.

Das bisher illegal eingesetzte Programm XKeyscore der Nationalen Aeronautik- und Raumfahrtbehörde (NSA, National Aeronautics and Space Administration) der USA kann der BND zukünftig legal verwenden und mit dessen Hilfe Meta- wie auch Inhaltsdaten sammeln und bearbeiten. Auch wenn sogenannte Metadaten vom BND selbst nur 6 Monate gespeichert werden sollen, dürfen diese jetzt legal an »Partner« wie den NSA weitergegeben werden, sofern Ziel und Zweck der Kooperation schriftlich vereinbart werden.⁴⁴ Metadaten sind Daten, die die gesammelten Daten beschreiben, also zum Beispiel *wann* hat *wer* mit *wem* von *wo* nach *wo* kommuniziert? Über Jahre speicherte der BND rechtswidrig Millionen Daten und leitete sie an die NSA weiter.⁴⁵ Eine wirksame Kontrolle des BND durch das Parlament ist weiterhin nicht möglich, da es kein Gremium gibt, das sich einen Gesamtüberblick über die Aktivitäten des BND verschaffen könnte.⁴⁶

Seit der Gesetzesänderung im Juni 2016 ist es dem deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz erlaubt, mit Geheimdiensten anderer Länder gemeinsame Datenbanken anzulegen. Mit welchem Ziel gesammelt und wie die gespeicherten Daten verwendet werden dürfen, kann ohne Parlamentsbeschluss über das Bundeskanzleramt abgesegnet werden. Datenbanken mit ausländischen Geheimdiensten kann es für den Kampf gegen Terrorismus geben, aber auch zu Vergehen wie Volksverhetzung, Totschlag oder Brandstiftung wären diese zulässig. Eine tatsächliche Kontrolle, wofür die Daten genutzt werden, gibt es nicht.⁴⁷ Das in Deutschland geltende Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten galt auf EU-Ebene nie.

Ein Rahmen für eine internationale Zusammenarbeit ist das europäische Anti-Terror-Zentrum in Den Haag, das im Januar 2016 die Arbeit aufnahm. Vergleichbar dem deutschen Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) haben die 30 europäischen Geheimdienste auf

europäischer Ebene ein operatives Zentrum eingerichtet, das Informationen im sogenannten Kampf gegen den islamistischen Terror bündeln soll. EUROPOL und das Zentrum für Informationsgewinnung und -analyse IntCen) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), sozusagen der Geheimdienst der EU, sind auch beteiligt, obwohl die EU keinerlei Befugnisse für die Zusammenarbeit mit den nationalen Geheimdiensten hat.⁴⁸

Das Zentrum ist in die sogenannte Plattform zur Bekämpfung des Terrors (CTG, Counter Terrorism Group) eingebunden. Hier führen die Geheimdienste der EU-Staaten, Norwegen und der Schweiz bereits – geheim und ohne parlamentarische Kontrolle – eine Datenbank mit Daten und Informationen zu angeblich Terrorverdächtigen. Die neuen Befugnisse bieten nun auch dem BND die Möglichkeit, hier Daten für andere Geheimdienste bereitzustellen und auf Daten anderer Geheimdienste zuzugreifen, darunter auch Geheimdienste mit exekutiven Rechten und Polizeifunktionen. Das heißt, die Daten können auch direkt für polizeiliche Zugriffe genutzt werden.⁴⁹

Die 2001 gebildete CTG ist eine Arbeitsplattform des sogenannten Berner Clubs. Der geheime Club wurde bereits 1969, zu Zeiten der Außerparlamentarischen Opposition (APO) auf Schweizer Initiative gegründet. In ihm tauschen sich zweimal im Jahr, ohne jede Kontrollinstanz, die Inlandsnachrichtendienste der EU-Staaten, Norwegen und der Schweiz über Arbeitsweise und Erkenntnisse der Geheimdienste aus und können Operationen koordinieren. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit den USA und Israel.⁵⁰

Gegen die Erlaubnis zur anlasslosen Telekommunikationsüberwachung im »Gesetz über die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis«, dem sogenannten G10-Gesetz, und den damit verbundenen Verstößen gegen das Grundrecht auf Privatsphäre nach Artikel 10 des Grundgesetzes reichte Amnesty International im November 2016 Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein.⁵¹

Für die CSU/CDU waren verschiedene Gewalttaten in den bayerischen Städten Ansbach, Würzburg und München im Juli 2016 willkommener Vorwand mehr Polizist*innen, bessere Ausrüstung für die Polizei, mehr Überwachung und Datenspeicherung, mehr Abschiebungen und mehr Macht für staatliche Repressionsorgane zu fordern.⁵² Die Gewalttaten wurden als Terrorakte definiert und der Staat konstruierte eine Bedrohungssituation und schuf sich eine Rechtfertigung, um aufzurüsten und eine schärfere Überwachung aller durchzusetzen.

Das bayerische Kabinett beschloss umgehend ein sogenanntes »Sicherheitspaket«, das u.a. zusätzlich 2.000 Stellen für die bayerische Polizei bis 2020 enthielt sowie die Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, an Bahnhöfen oder in Zügen.⁵³ Im August 2016 verfassten die Innenminister der CDU-regierten Länder und Bayern ein gemeinsames Positionspapier ähnlichen Inhalts mit dem Titel »Berliner Erklärung«.⁵⁴ Dieses Positionspapier ist für die Bundeskanzlerin Angela Merkel Teil ihres grundrechtfeindlichen Weges zugunsten angeblicher Sicherheit in einen immer perfekter organisierten Unterdrückungs- und Überwachungsapparats: Gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei für »terroristische Großlagen«, mehr Personal für Überwachung im Internet und natürlich eine bessere Zusammenarbeit mit den »befreundeten« Geheimdiensten, mehr und schnellere Abschiebungen vor allem nach Afghanistan oder Afrika. Hierbei geht es um die Geflüchteten, die häufiger

schlecht oder gar nicht ausgebildet sind. Damit geht ihr Gebrauchswert für Staat und Kapital gegen Null.

Die bayerische CSU-Regierung brachte ein »Abschottungs- und Ausgrenzungsgesetz« mit dem Titel »Bayerisches Integrationsgesetz« (BayIntG) auf den Weg, das vom Landtag am 8. Dezember 2016 verabschiedet wurde. Es gilt für alle sogenannten Einwanderer*innen, auch für die mit deutscher Staatsbürgerschaft, deren Eltern oder Großeltern irgendwann eingewandert sind. Alle, auch Schulen, werden auf eine angeblich vorhandene »Leitkultur« mit einem »christlich-jüdisch-abendländischen Wertefundament« verpflichtet. Betriebe können für »Leitkultur-Kurse« staatliche Fördergelder erhalten. Leitkultur, »deutsche Kultur« wird ebenso konstruiert wie das »deutsche Volk«. Völkisches Denken legt den Mantel der scheinbaren Gemeinsamkeit über den Klassenkampf der Herrschenden.

Für die Betroffenen stehen noch härtere Zeiten in Haus. Unterkünfte für Asylsuchende sollen als »gefährliche Orte« ausgewiesen werden. Dort hat die Polizei erweiterte Befugnisse und kann zum Beispiel in der Unterkunft jederzeit anlasslos Kontrollen durchführen. Deutschkurse sind Pflicht, wer allerdings nicht genug gelernt hat, muss diese im Nachhinein selbst bezahlen.

Das vom Bundestag beschlossene und am 31. Juli 2016 in Kraft getretene Integrationsgesetz enthält eine Wohnsitzauflage. Nun können auch anerkannte Flüchtlinge drei Jahre lang gezwungen werden, an einem bestimmten Wohnort zu wohnen.^{55,56} Diese Auflage verstößt u.a. gegen den Deutschkurs für anerkannte Flüchtlinge gemäß der Genfer Konvention und natürlich gegen das Grundrecht der Freizügigkeit.⁵⁷

Aber nicht alle sollen zwangsintegriert werden. Kindern aus sogenannten sicheren Herkunftsländern soll eine Sprachförderung verwehrt werden und die Kinder in den Abschiebezentren in Bamberg und Manching können von der Schulpflicht ausgeschlossen werden, Unterricht soll es dann irgendwie in den Abschiebezentren geben.⁵⁸

Bei der Demonstration eines breiten Bündnisses gegen das reaktionäre Gesetz am 22. Oktober 2016 in München stellte die Polizei die Wirksamkeit der bayerischen Leitkultur unter Beweis. Sie prügelte auf Teilnehmer*innen, insbesondere des antikapitalistischen Blocks, ein und drangsalierte Geflüchtete.⁵⁹

Im SPD/Grün-regierten Hamburg wies die Hamburger Polizei Ende 2013 für zehn Tage die Stadtteile St. Pauli, das Schanzenviertel und große Teile von Altona als sogenanntes Gefahrengelände aus, dort leben mindestens 50.000 Einwohner*innen.⁶⁰ Nach Demonstrationen für den Erhalt des linken Kulturzentrums Rote Flora, gegen den Abriss der sogenannten Esso-Häuser und für das Bleiberecht für Geflüchtete war es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant*innen und Polizist*innen gekommen. Tausende wurden verdachts- und anlassunabhängig scheinbar willkürlich von der Polizei kontrolliert, die Taschen durchsuchte und rechtswidrig Aufenthaltsverbote verhängte. Ziel war es, die linke Subkultur zu treffen und linke Gegenwehr durch Repressionen zu zerschlagen. In Hamburg wird seit Jahren die linke Szene gezielt ausgepöht. Im Mai 2016 flog bereits die dritte

verdeckte Ermittlerin der politischen Polizei des Hamburger Landeskriminalamtes (LKA) in den letzten eineinhalb Jahren auf.⁶¹

Das Hamburger Obergerverwaltungsgericht hat im Mai 2015 die Rechtsgrundlage für die Ausweisung der Gefahrenggebiete als »Verstoß gegen das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot und gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit« und damit als verfassungswidrig eingestuft. Im Juli 2016 wurden diese nun scheinbar abgeschafft, zukünftig dürfen nur kleinräumig sogenannte »gefährliche Orte« ausgewiesen werden. Davon können mehrere aber auch zusammenhängen und bilden so »Sonderzonen mit erweiterten Kontrollmöglichkeiten« für die Polizei.⁶² Dort können dann willkürlich Personenkontrollen und Taschendurchsuchungen bei denjenigen Menschen stattfinden, die der Polizei als »gefährlich« auffallen. Die »Task Force Drogen« z.B. kontrollierte im Stadtteil St. Pauli im Jahr 2016 binnen nur eines halben Jahres 10.000 Personen, stürmte linke Hausprojekte und führte Razzien durch.⁶³

Vom 7. bis 9. Juli 2017 wird in Hamburg der G20-Gipfel, das Treffen der Herrschenden der 20 wirtschaftsstärksten Staaten der Welt unter deutschem Vorsitz stattfinden. Getagt werden soll u.a. in den Messehallen mitten in der Stadt, direkt neben dem linken Schanz- und Karoiviertel, die damit auf jeden Fall im Bereich ausgewiesener Sicherheitszonen liegen.⁶⁴ Für die Absicherung des Gipfels wird die Stadt rund um den Tagungsort zur Festung. Zur zentralen Gefangenensammelstelle wird ein stillgelegtes Frauengefängnis umgebaut.⁶⁵

Im Vorfeld des Gipfels wurde die Ministerratstagung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am 8. und 9. Dezember 2016 als Testeinsatz genutzt. Während des größten Polizeieinsatzes in der Geschichte Hamburgs belagerten rund 13.200 Polizist*innen im Einsatz gegen 1.000 Demonstrant*innen den Tagungsort. Ihnen standen u.a. 10 Hubschrauber, 22 Wasserwerfer, Boote, Pferde, Hunde und ein Düsenjäger zur Verfügung.⁶⁶

Das war eine Provokation auf ganzer Linie. Die Organisierung der Gegenproteste läuft bereits. Hamburger Gruppen von ...umsGanze!, Interventionischer Linker und deren Umfeld hatten Anfang Dezember 2016 unter »#NOG20_2017« zu einer ersten Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel eingeladen. Vier Tage vor der Konferenz hat der Präsident der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Claus Dieter Wacker, die Räume für die Konferenz gekündigt. Der Kanzler der HAW bezog sich auf Einschätzungen des Verfassungsschutzes zum Gewaltpotenzial der zu erwartenden Gegenproteste und fand dafür auch bei den Grünen im Hamburger Senat Unterstützung.⁶⁷ Erst das Hamburger Amtsgericht entsprach dem Antrag des AStA der HAW und kippte die Kündigung.

Ein breites »Bündnis gegen das G20-Treffen in Hamburg« ruft zur internationalen Großdemonstration unter dem Motto »G20 – not welcome« für den 8. Juli 2017 auf.⁶⁸

In Berlin wurden missliebige Hausprojekte auch 2016 mit massivem Polizeiaufgebot geräumt, Zwangsräumungen durchgeführt und ganze Kieze als Gefahrenggebiete ausgewiesen und tausende Identitätsfeststellungen vorgenommen.⁶⁹ Der Berliner Innensenator Henkel (CDU)

ordnete im August 2016 die Bewaffnung von Polizist*innen mit Elektroschockern an, die zuerst testweise am Alexanderplatz und in der Friedrichstraße eingesetzt werden sollen.⁷⁰ Das neue SPD/Linkspartei/Grünen-Regierungsbündnis in Berlin führt den Testeinsatz von Elektroschockern jetzt durch. Die Elektroschocker mit bis zu 50.000 Volt werden bereits von den SEK (Spezialeinsatzkommandos) in den Bundesländern eingesetzt, außer in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Schleswig-Holstein.⁷¹ In den USA, wo diese Foltergeräte seit Jahren massenhaft in Gebrauch sind, sterben immer wieder Menschen an der für sie tödlichen Dosis Strom. Amnesty International dokumentierte dort mindestens 43 Tote, die Dunkelziffer dürfte wegen der fehlenden Statistiken hoch sein.⁷²

Weltweit gibt es immer mehr Kriege, Millionen Menschen fliehen vor Gewalt und Tod. Während über den Krieg in Syrien berichtet wird, werden Kriege wie der im Jemen kaum wahrgenommen. Dort führt die 2015 gegründete sunnitische »Islamische Koalition« unter Führung Saudi-Arabiens völkerrechtswidrig Krieg gegen die schiitischen Huthi-Milizen, die im Februar 2015 die Macht im Land übernahmen. Der Iran unterstützt die Huthi-Milizen.^{73,74} Millionen Menschen sind inzwischen vom Tod durch Verhungern bedroht.⁷⁵

Für die Interessen des Kapitals spielen der freie Zugang zu Rohstoffen sowie auch kalkulierbare Rahmenbedingungen für seine Ausbeutungsmaschinerie eine zentrale Rolle. Der Terror des IS oder ihm nahestehender Gruppierungen zum Beispiel in Afrika muss deshalb durch die kapitalistischen Zentren bekämpft werden. Die US-Regierung sicherte sich im Senegal im Mai 2016 durch ein Abkommen eine ständige Militärpräsenz und damit die Möglichkeit, von dort aus militärische Einsätze gegen den islamistischen Terror in die Nachbarregionen Westafrikas zu starten.⁷⁶ So hat sie in der Region einen Fuß in der Tür.

Die weltweit stattfindenden Kriege und Bedrohungsszenarien werden von der Nato (Organisation des Nordatlantikvertrags, North Atlantic Treaty Organization) genutzt, ihre militärische Stärke auszubauen. Russland dient hierbei propagandistisch als »allgegenwärtiger Feind«. Seit 1990 wurden 12 neue Mitgliedsstaaten in die Nato aufgenommen, es sind überwiegend osteuropäische Staaten. Auf dem Außenministertreffen in Brüssel im Mai 2016 kam Montenegro hinzu, dessen Gebiet im ehemaligen Jugoslawien noch 1999 von Nato-Truppen bombardiert wurde.⁷⁷ Das seit 2010 von den USA forcierte Raketenabwehrprojekt in Osteuropa wurde auf dem Nato-Gipfel 2016 im Juli in Warschau formal der Nato unterstellt. In Rumänien wurde im Mai 2016 eine Raketenabwehrbasis in Betrieb genommen, in Polen mit dem Bau einer solchen begonnen. Bestückt werden sie mit US-Raketenabwehrflugkörpern.⁷⁸

Die Nato provozierte Russland mit der Stationierung von 4.000 Soldat*innen im Baltikum (Litauen, Polen, Estland)⁷⁹ und mit Großmanövern wie im Juni 2016 dem Manöver »Anakonda« in Polen am Ostrand des Nato-Territoriums. Daran nahmen 31.000 Soldat*innen teil, sie kamen aus 24 Nato-Staaten und einigen Nicht-Nato-Staaten, wie zum Beispiel aus der Ukraine.⁸⁰ Darüber hinaus gibt es nach wie vor Nato-Einsätze in Afghanistan, im Kosovo oder auch im Mittelmeer bei der Überwachung der griechischen und türkischen Küsten und vor der Küste Libyens.

Mit der Nato Response Force (NRF), der schnellen Krisen-Reaktionstruppe, und der Very High Readiness Joint Task Force, einer superschnellen Einheit mit 5.000 Soldat*innen, will

die Nato bis zu 40.000 Soldat*innen weltweit schnell einsetzen können und die Gebietsansprüche und Interessen ihrer Mitgliedsstaaten notfalls militärisch durchsetzen.⁸¹ Die USA fordern von allen Nato-Mitgliedsstaaten ein »stärkeres Engagement« und Aufrüstung. Die deutsche CDU-Kriegsministerin Ursula von der Leyen betont dies gerne im Zusammenhang mit der Aufrüstung der Bundeswehr zur weltweiten Angriffsarmee.

In Deutschland steuert die US-Regierung ihren weltweiten Drohnenkrieg über den US-Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz. Ohne die Militärbasis wäre das gezielte Morden mittels Drohnen in Afrika und dem mittleren Osten nicht möglich.⁸² Ziele für das gezielte Ermorden einer Person werden über Satellitenortung und über die Ortung von Handydaten ausgewählt und die Drohnen via Satelliten gesteuert.⁸³ Die deutsche Regierung will von einem Bruch des Völkerrechts von deutschem Boden aus nichts wissen.

Die sogenannte »Münchener Sicherheitskonferenz« fand vom 12. bis 14. Februar 2016 statt. Sie will ihren Beitrag dazu leisten, dass die kapitalistische Weltwirtschaft und mit ihr die Ausbeutung von Mensch und Natur militärisch abgesichert wird. Zentrale Rolle auf der Kriegskonferenz spielten die USA in ihrer Rolle als Weltpolizist und der Krieg in Syrien. US-Außenminister Kerry griff Russland an.⁸⁴ 3.700 Polizist*innen beschützten die private Veranstaltung mit mehr als 600 Teilnehmer*innen, darunter rund 30 Regierungschefs und mehr als 60 Außen- und Verteidigungsminister*innen.

Bei der Gegendemonstration am 13. Februar 2016 mit dem Motto »Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen, No Justice – No Peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden; Bleiberecht für alle Geflüchteten – Kein Mensch ist illegal« mit 3.000 bis 4.000 Teilnehmer*innen⁸⁵ haben wir das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken »2015: Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda« verteilt. – Eine Gruppe von Rechtspopulist*innen um Kathrin Oertel, ehemals Pegida Dresden, deren Teilnahme seitens der Versammlungsleitung untersagt worden war, konnte unter Polizeischutz dennoch hinter der Demonstration herlaufen.⁸⁶

Nach 10 Jahren ist im Juni 2016 ein neues »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« vom Bundesministerium der Verteidigung zur »strategischen Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik«⁸⁷ veröffentlicht worden. Die Bundeswehr soll die Interessen des deutschen Kapitals weltweit durchsetzen. Die Autor*innen des Weißbuchs und Außenminister Frank Walter Steinmeier verstehen Deutschland als wichtigen Akteur in EU und Nato und als einen »Global Player« der Weltpolitik,⁸⁸ militärische Einsätze werden zunehmend Teil deutscher Außenpolitik, Russland ist der neue alte Feind.⁸⁹

Ziel ist ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat und die militärische Mitwirkung an der Durchsetzung der Ziele der UN – bis hin zum »Schutz des Klimas, der Umwelt und der natürlichen Ressourcen«.⁹⁰ Den Parlamentsvorbehalt des Bundestages für den Einsatz der Bundeswehr will die Kriegsministerin aufweichen.⁹¹

Im Kriegshandbuch rechtfertigen Bedrohungen wie Cyberangriffe, Propaganda, wirtschaftlicher und/oder finanzieller Druck zukünftig den Einsatz militärischer Mittel. Der Cyberspace als Kriegsschauplatz wird besonders herausgehoben – sollen hier in der Bundeswehr doch

zukünftig 13.500 Stellen zusätzlich geschaffen werden,⁹² um deutsche Kapitalinteressen zu verteidigen.

»Terroristische Großlagen« werden zum »besonders schweren Unglücksfall« umgedeutet,⁹³ um den Einsatz der Bundeswehr zukünftig auch zur Terrorbekämpfung im Inneren und für die Übernahme von Polizeiaufgaben vorzubereiten, auch gerne gegen Geflüchtete an den Grenzen. Nach § 35 des Grundgesetzes darf die Bundeswehr bisher im Inneren nur im Rahmen von Naturkatastrophen bzw. einem »besonders schweren Unglücksfall« zur Amtshilfe der Polizei angefordert werden. Deshalb wird zur Gewöhnung im Februar 2017 die Bundeswehr mit der Polizei zunächst gemeinsame Übungen durchführen – selbstverständlich in Bayern, im vom grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann regierten Baden-Württemberg und in den SPD-regierten Ländern Nordrhein-Westfalen und Bremen.⁹⁴ Das Ziel ist die Grundgesetzänderung.

Gegen Bundeswehr und die Militarisierung der Gesellschaft fand im Juli 2016 das antimilitaristische Camp »War starts here« und Aktionen in der Colbitz-Letzlinger Heide gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark (Sachsen-Anhalt) statt. Dort entsteht eine ganze Stadt, um eine militarisierte Aufstandsbekämpfung unter realen Bedingungen zu üben und so ganz praktisch einen derzeit noch verfassungswidrigen Einsatz des Militärs im Inneren vorzubereiten.⁹⁵

Um im weltweiten Kriegsgeschehen mitspielen zu können, wird die Bundeswehr weiter zur Angriffsarmee hochgerüstet. Es entsteht eine auf einen Meter genaue globale 3D-Weltkarte, die militärisch genutzt werden soll. Beteiligt sind 35 Staaten, neben Nato- und EU-Staaten u.a. auch Südkorea oder die Vereinigten Emirate.⁹⁶ Neben 360 Millionen Euro steuert Deutschland die Daten der Satelliten Terra-SAR-X und TanDEM-X bei. Die beiden Satelliten vermessen mit Radartechnik die 150 Millionen Quadratkilometer Landoberfläche der Erde mit dem Ziel eines präzisen, digitalen dreidimensionalen Höhenmodells.⁹⁷

Die Entwicklung einer europäischen Drohne unter Beteiligung von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, soll 2025 abgeschlossen sein.⁹⁸ Bis dahin wird das deutsche Kriegsministerium israelische Aufklärungsdrohnen des Typs Heron leasen, die auch bewaffnet werden können.⁹⁹

Für über 50 Prozent mehr Personal, mehr und wirksamere Waffen und das Cyberabwehrprogramm¹⁰⁰ wird bis 2020 der Kriegsetat zunächst um ca. 10 Milliarden Euro auf 39,2 Milliarden Euro jährlich aufgestockt. Bis 2030 summieren sich allein die Ausgaben für neue Waffen und Rüstungsgüter auf rund 130 Milliarden Euro. Es ist aber mit dem Doppelten zu rechnen, da das Kriegskapital, um Aufträge erst einmal politisch durchzusetzen, diese viel zu billig anbietet. Als Bündnispartner der Nato will Deutschland letztendlich an die 60 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben, das sind 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts, davon 20 Prozent für Rüstungsinvestitionen.¹⁰¹

Deutschland war 2015 weltweit wieder der drittgrößte Waffenexporteur.¹⁰² Die genehmigten Waffenexporte im Wert von 7,4 Milliarden Euro in 2015 stiegen im Vergleich zum Vorjahr nahezu auf das Doppelte – ohne Kleinwaffen. Die Fusion der Rüstungskonzerne Krauss-

Maffei Wegmann (Deutschland) mit Nexter Systems (Frankreich) beschleunigt die Expansion deutscher Waffenproduktion.¹⁰³ Die weltweiten Rüstungsausgaben stiegen 2015 nach vier Jahren erstmals wieder an, angeführt von USA und China liegt Saudi-Arabien jetzt beim Kriegshaushalt auf Platz 3, ein guter Kunde des deutschen Kriegskapitals.¹⁰⁴

Seit Jahren baut die deutsche Kriegsministerin von der Leyen die internationale militärische Beteiligung der Bundeswehr aus und schickt tausende deutscher Soldat*innen in den Einsatz im Ausland. Mitte 2016 waren 3.400 Soldat*innen in 16 Auslandseinsätzen.¹⁰⁵ Keiner der in den letzten Jahren begonnenen Militäreinsätze wurde bisher beendet, in der Regel segnet der Bundestag die Ausweitung ab. Zum Beispiel dürfen in Mali bei der UN-Mission Minusma (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen) zur Unterstützung der Malischen Regierung gegen islamistische Rebellengruppen zukünftig bis zu 650 Soldat*innen statt wie bisher 150 Soldat*innen eingesetzt werden.¹⁰⁶

Einsätze ohne Parlamentsmandat wie die Beteiligung beim Nato-Einsatz gegen Schlepper und Geflüchtete im Ägäischen Meer oder bei Nato-Übungen kommen noch hinzu. Für 2016 waren in den Nato-Staaten rund um Russland 21 Übungen mit einer Beteiligung von 5.000 deutschen Soldat*innen geplant.¹⁰⁷

Im Dezember 2015 beschloss der Bundestag die Teilnahme an der sogenannten »Allianz gegen die Terrororganisation ›Islamischer Staat« mit Tornados, einem Tankflugzeug, einem Kriegsschiff und bis zu 1.200 Soldat*innen und beteiligt sich seitdem direkt am Krieg in Syrien.¹⁰⁸ Gegen den grundgesetzwidrigen Kriegseinsatz ohne UN-Mandat klagte die Linkspartei beim Bundesverfassungsgericht. Eine Entscheidung steht aus,¹⁰⁹ der Einsatz läuft dennoch und wurde Mitte November 2016 vom Bundestag bis Ende 2017 verlängert.¹¹⁰

In Millionen teuren Werbeaktionen versucht die Bundeswehr Kriegseinsätzen das Image von Abenteuerspielplätzen zu verpassen. Coole Sprüche auf deutschen Plakatwänden sollen gezielt jüngere Menschen ansprechen. Eine Videoserie auf Youtube mit dem Titel »Die Rekruten« wurde für November 2016 unter dem Slogan »Ab November wird draußen gespielt« angekündigt. Innerhalb weniger Wochen wurden die Videoclips über 13 Millionen mal aufgerufen, auch über die Spezialeinheit KSK (Kommando Spezialkräfte) gibt es Clips mit verummten Soldat*innen.¹¹¹ Krieg, Morden oder Auslandseinsätze kommen darin nicht vor, dafür »ganz normale Menschen«. Die Zahl der minderjährigen Rekrut*innen nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Je jünger desto leichter sind die Jugendlichen zu begeistern und einer Gehirnwäsche zu unterziehen. Am 1. November 2016 gab es bereits über 1.500 17jährige in der Bundeswehrgrundausbildung, Waffenübung inklusive. In den Kampfeinsatz geht es dann ab 18 Jahren.¹¹²

Neben der Rekrutierung ist auch die Gewöhnung an das Militär im Alltag ein Effekt der offensiven Strategie. Sogenannte Jugendoffizier*innen der Bundeswehr kommen direkt in die Schulen, 2015 gab es 5.500 solcher Veranstaltungen.¹¹³ Beim bundesweiten »Tag der Bundeswehr« am 11. Juni 2016 durften Kinder mit Waffen hantieren, hundertausende Besucher*innen kamen.¹¹⁴

An deutschen Hochschulen werden Studienplätze für Bundeswehrangehörige an der Hochschule in Bremen, Mannheim und Koblenz, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim und Ravensburg und der Jade-Hochschule in Wilhelmshaven reserviert.¹¹⁵ An der Hochschule Bremen sind im Wintersemester 2016/2017 10 von 38 Studienplätzen des Internationalen Frauenstudiengang Informatik (IFI) reserviert, dafür zahlt die Bundeswehr.¹¹⁶ Das passt auch zum Aufbau der Abteilung für den Cyber-Krieg. Einer der Lehrenden ist aus Protest gegen den Verstoß gegen die Zivilklausel der Hochschule zurückgetreten.¹¹⁷ Über Forschungsprojekte ist die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, teilweise trotz Zivilklauseln,¹¹⁸ institutionalisiert.¹¹⁹ In Sachsen forschen beispielsweise die TU (Technische Universität) Dresden, die Bergakademie Freiberg und die Universität Leipzig für die Bundeswehr.¹²⁰

Die Kriegsministerin von der Leyen treibt den Aufbau einer EU-Armee voran, nachdem Großbritannien diesen nicht mehr blockieren kann. Im Vorfeld des EU-Sondergipfels in Bratislava am 16. September 2016 schlugen sie und der französische Kriegsminister Michael Fallon u.a. die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers für Auslandseinsätze, eine gemeinsame Logistikkreuzschleife, die Schaffung eines gemeinsamen Sanitätskommandos mit einem mobilen Militärkrankenhaus und eine verstärkte Rüstungskooperation vor. Ziel ist es, die militärische Einsatzfähigkeit der EU zur Durchsetzung spezifischer EU-Interessen, die im Machtgefüge der EU im wesentlichen immer auch die des deutschen Kapitals sind, unabhängig von der Nato zu stärken.¹²¹

Bei Frontex (frontières extérieures), der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wird die militärische multinationale Zusammenarbeit bereits seit Jahren praktiziert.

Im Oktober 2016 startete die auf Frontex aufbauende »Europäische Agentur für Grenzschutz und Küstenwache« mit über 1.000 festen Mitarbeiter*innen Personal, erweiterten Befugnissen und unter Beteiligung deutscher Polizist*innen. Ziel ist es, die letzten Schlupflöcher in der Festung Europa, notfalls auch gegen den Willen der betroffenen Nationalstaaten, zu schließen, zur Zeit die bulgarische Grenze zur Türkei und die Landesgrenze zwischen Griechenland und Albanien. Die Agentur hat das Recht, die europäischen Außengrenzen zu überwachen und eigene Kräfte einzusetzen, sollten die jeweiligen Nationalstaaten nicht gewillt oder in der Lage sein, ihre Grenze selbst undurchdringlich zu sichern.

Geflüchtete sollen völkerrechtswidrig in das Land abgeschoben werden, aus dem sie kommen.¹²² Bereits installierte Überwachungssysteme wie das europäische Grenzüberwachungssystem Eurosur (European border surveillance system) spüren mit Drohnen und über Satelliten Geflüchtete auf.

Die Schließung der Balkanroute erhöhte zwangsläufig die Zahl derer, die die tödlichen Flüchtlingsrouten über das Mittelmeer nutzten. In der Konsequenz waren bereits Ende Oktober 2016 mehr Flüchtlinge ertrunken als je zuvor in einem Jahr. Und die Zahl steigt weiter. Die Geflüchteten leben in jeder Hinsicht gefährlich, oft werden sie angegriffen und ermordet. Ende Oktober 2016 haben, während eines Hilfseinsatzes des Flüchtlingsrettungsschiffes Sea-Watch, Angehörige der libyschen Küstenwache von ihrem Schiff aus

Geflüchtete in Seenot mit Knüppeln geschlagen und ins Meer gestürzt, mindestens vier Menschen starben.¹²³

Ähnlich dem EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 soll es nach dem deutschen Innenminister Thomas de Maizière Vereinbarungen mit nordafrikanischen Staaten wie Tunesien oder Ägypten geben. Flüchtlinge, die auf dem Meer gerettet werden, sollen direkt dorthin gebracht werden, wo sie dann Asylanträge für die EU stellen können. In Tunesien z.B. ist es derzeit unter Strafe gestellt, Flüchtlinge mit Essen oder medizinischer Hilfe zu versorgen.¹²⁴

Auf dem Weg in den Faschismus ist in der EU bisher Ungarn am weitesten gekommen. Ministerpräsident Viktor Orbán hetzt gegen Flüchtlinge in einer biologistischen Sprache, die Migration »als Gift« bezeichnet, welche »das Land nicht schlucken will«. ¹²⁵ Seit dem Sommer machte die Partei Orbáns, der Ungarische Bürgerbund (Fidesz), Werbung für ein »Nein« zur Ansiedlung sogenannter »nichtungarischer Personen« durch die EU. Bei einem von der ungarischen Regierung veranstalteten Referendum am 2. Oktober 2016 lehnten fast 40 Prozent der Wahlberechtigten die Aufnahme von Flüchtlingen in Ungarn ab.¹²⁶ Das bedeutet, dass etwa ein Drittel der Ungar*innen rassistisch sind, vom Antisemitismus gar nicht zu reden. Orbán will Flüchtlingsschiffe im Mittelmeer versenken und Flüchtlingslager in Libyen bauen.¹²⁷ Der Fidesz redet weiter von »Horden von Invasoren«, die von einer Macht im Hintergrund nach Ungarn geschickt werden.¹²⁸

Orbán strebte nach dem Scheitern des Referendums eine Verfassungsänderung an, um eine Zuteilung von Geflüchteten an Ungarn durch EU-Quoten zu verhindern. Dies scheiterte im Parlament, weil die offenen Faschist*innen der Jobbik-Partei ihre Zustimmung aus machttaktischen Erwägungen verweigerten.¹²⁹

Die in Polen mit absoluter Mehrheit regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS, *Prawo i Sprawiedliwość*) hatte schon kurz nach Regierungsantritt im Eilverfahren die Arbeit des polnischen Verfassungsgerichtes eingeschränkt. Für Entscheidungen ist künftig eine Zweidrittelmehrheit nötig.¹³⁰ Ein neues Mediengesetz ermöglicht es der Regierung, zu bestimmen, wer in den öffentlich-rechtlichen Medien die Führung übernimmt.¹³¹ Damit ist der Rechtsstaat in wesentlichen Punkten ausgehebelt.

Faschist*innen des Nationalradikalen Lagers (ONR, *Obóz Narodowo-Radykalny*) haben im letzten Jahr paramilitärische Übungen durchgeführt, toleriert von der PiS und mit ihr in Verbindung, die im Verdacht stehen einen Art Parteimiliz aufbauen zu wollen.¹³² Im April 2016 demonstrierten 240.000 Menschen in Warschau für Europa und gegen ein autoritäres Polen.¹³³

Im Oktober 2016 demonstrierten hunderttausende Frauen in vielen polnischen Städten gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts. Diese machtvolle Demonstration der Frauen auf der Straße sorgte dafür, dass das repressive Gesetz vorläufig zurückgenommen wurde.¹³⁴

Bei dem von der britischen Regierung im Juni 2016 angesetzten Referendum ging es um ein Votum über den Austritt des Landes aus der EU, den Brexit. Bei einer recht hohen Wahlbe-

teilung von landesweit 72,2 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am 23. Juni 2016 in England 53,4 Prozent und in Wales 52,5 Prozent pro Brexit.¹³⁵

London, Brighton an der Südküste und mehrere Hauptstädte im Norden und Westen, darunter York, Newcastle, Manchester, Bristol und Cardiff stimmten mit knappen Mehrheiten für den Verbleib in der EU. Sowohl Schottland mit 62 Prozent als auch Nordirland mit 55,8 Prozent stimmten mehrheitlich gegen den Brexit, konnten den großen Anteil an Brexit-Wähler*innen in den abgehängten Regionen und Grafschaften der Midlands und des Nordens jedoch nicht wettmachen. In Schottland zum Beispiel hatte der Wahlausgang zur Folge, dass jetzt überwiegend von Kleinbürger*innen sowie der regierenden schottischen Nationalpartei (SNP, Scottish National Party) erneut ein schottisches Unabhängigkeits-Referendum gefordert wird, um in der EU bleiben zu können.¹³⁶

In den vier Wochen nach dem Referendum gab es 5.468 rassistische Verbrechen, fast 200 am Tag.¹³⁷ Die Angriffe wendeten sich vor allem gegen Muslim*innen und gegen Migrant*innen aus Polen, die seit Jahren in Großbritannien leben. In Flugblättern war von »polnischem Ungeziefer« die Rede.¹³⁸ In der Nacht vom 27. zum 28. August 2016 wurde ein polnischer Fabrikarbeiter von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen und ermordet, nachdem sie ihn polnisch sprechen hören.¹³⁹

Nach dem Brexit-Votum trat der britische Premierminister David Cameron zurück und seine Nachfolgerin wurde Theresa May. Auf dem Parteitag der Conservative Party in Birmingham Anfang Oktober 2016 befürwortete sie den sogenannten harten Brexit, das heißt Austritt aus dem EU-Binnenmarkt, eigene Handelsverträge und strikte Einwanderungsregeln.¹⁴⁰ Um die in der Krise zerbröselnde Zustimmung zum kapitalistischen Normalbetrieb zu sichern, wird dem Unmut ein Ventil geboten.

Eine Regierung muss in bestimmten Krisensituationen gegen die Interessen des exportorientierten Kapitals handeln. Sie sichert im Gesamtinteresse des Kapitals die mittel- und langfristigen Verwertungsbedingungen. Die Regierung als ideeller Gesamtkapitalist betreibt in diesen historischen Ausnahmesituationen präventive Aufstandsbekämpfung. So konnte mit dem Brexit-Referendum das aus der Krise resultierende objektive Interesse der Lohnabhängigen gegen das nationale Kapital und die Elite zu kämpfen, umgelenkt werden auf die EU und die Migrant*innen. Sie dienen als Sündenböcke. Statt eines Klassenkampfes von unten, finden eine Entsolidarisierung und eine Stärkung der nationalen Identität statt, die Grundlage ist für eine weitere politische Stärkung der EU-Gegner*innen aus englischen Faschist*innen, der Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs (UKIP, UK Independence Party) und der Konservativen Partei (Tories).

Bei der Labourpartei gab es über den Sommer einen Machtkampf zwischen der rechtssozialdemokratischen Parlamentsfraktion und dem von der großen Basismehrheit getragenen linken Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn. Unter Corbyn wuchs die Mitgliederzahl massiv, darunter auch sehr viele Eintritte von Jüngeren, die sich von seinen Positionen gegen Militarismus und Atomkraft, für die Verstaatlichungen von Bahn, Post und Strom- und Wasserversorgung und soziale Reformen angesprochen fühlten.¹⁴¹ Antisemitischen Ausfällen von führenden Mitgliedern in seiner Partei wie dem früheren Bürgermeister Londons Ken

Livingston begegnete Corbyn mit dem Auftrag zu einer Untersuchung über Antisemitismus innerhalb der Labourpartei und mit dem Parteiausschluss für Antisemit*innen. Er verwies auf antirassistische Traditionen der Labour Partei.¹⁴²

Mit einer Urabstimmung im September 2016 versuchte das rechte Parteilager Corbyn abwählen zu lassen. Corbyn schaffte es, trotz des Wahlkampfes gegen ihn, den von der rechtssozialdemokratischen Seite favorisierten Kandidaten zu schlagen und mit über 60 Prozent ein noch besseres Ergebnis zu erzielen, als bei seiner Wahl zum Parteivorsitz ein Jahr zuvor. Gegen den vorherrschenden Rechtstrend in der Gesellschaft hat sich mit der Wahlunterstützung für Corbyn eine linksreformerische, junge Bewegung organisiert.¹⁴³ Bei »Momentum« kann Mensch auch ohne Labour-Parteimitgliedschaft mitmachen, sie ist aber Labour-nah. Momentum beteiligt sich beispielsweise am Kampf gegen die Privatisierung der Nationalen Gesundheitsversorgung (NHS).^{144,145,146,147}

In Frankreich demonstrierten am 31. März 2016 Zehntausende in Paris gegen die Pläne der rechtssozialdemokratischen Regierung, ein neues Arbeitsgesetz zu verabschieden. Die französische Regierung versuchte damit den institutionalisierten Klassenkampf auszuhebeln. Das Gesetz beinhaltet die Lockerung des Kündigungsschutzes und im Prinzip die Abschaffung der 35-Stundenwoche. Auch wenn diese formal noch gilt, kann die wöchentliche Arbeitszeit zukünftig auch in den Betrieben verhandelt werden, für einen Zeitraum von maximal 16 Wochen kann die tägliche Arbeitsdauer auf bis zu 12 Stunden täglich und 48 Stunden pro Woche erhöht werden, in bestimmten Fällen sind sogar 60 Stunden möglich.^{148,149}

Es kam zu massiven Protesten gegen die Zerschlagung der erkämpften Rechte der Lohnabhängigen, der im Wesentlichen getragen wurde von der linken Gewerkschaft CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Confédération générale du travail) und Hunderttausenden, die sich an Demonstrationen und Aktionen gegen den drohenden Zwang zu Überstunden und der Aushöhlung von Gewerkschaftsrechten beteiligten.¹⁵⁰

Gleichzeitig waren die Proteste Ausgangspunkt für die Nuit Debout-Bewegung (Aufrecht-durch-die-Nacht), die in mehreren Städten Plätze besetzte und zivilen Ungehorsam praktizierte. Am 1. Mai 2016 kam es zum Schulterschluss von den »Aufrechten der Nacht« mit linken Gewerkschafter*innen, u.a. aus der, der französischen Kommunistischen Partei (PCF, Parti communiste français) nahestehende »Allgemeiner Gewerkschaftsbund« (CGT, Confédération générale du travail) und aus der anarcho-syndikalistischen SUD (Union Syndicale - Solidaires). Die anhaltenden Proteste zwangen die Regierung zu kleineren Zugeständnissen.

Der sozialdemokratische »Französische Demokratische Gewerkschaftsbund« (CFDT, Confédération française démocratique du travail) ließ sich auf die Befriedungsstrategien ein. Sie schluckte das reaktionäre Arbeitsgesetz um den Preis wenig bedeutender Änderungen.¹⁵¹

Gegen den Widerstand der Lohnabhängigen und, verfassungsmäßig möglich, am Parlament vorbei, drückte die französische Regierung das umkämpfte, unsoziale Arbeitsgesetz am 20. Juli 2016 letztlich durch.¹⁵² Im September 2016 forderten 15.000 Menschen in Paris bei einer

Gewerkschaftsdemonstration seine Rücknahme, die Beteiligung blieb weit hinter den Hunderttausenden des Frühjahrs zurück.¹⁵³

Die Teilnehmer*innenzahl an der homophoben Demonstration am 16. Oktober 2016 in Paris, die im Wesentlichen von der rechtsklerikalen und nationalistisch orientierten Bewegung »Demo für alle« organisiert wurde, war mit etwa 25.000 Menschen ziemlich hoch.¹⁵⁴ Konservative Katholik*innen protestierten nicht nur gegen die 2013 legalisierte Ehe für Homosexuelle in Frankreich, sondern u.a. auch gegen fortschrittliche Lehrpläne zum Thema Sexualität.¹⁵⁵ Dieses christlich-konservative Gedankengut reicht weit bis in die bürgerliche Mitte. Es wird die Präsidentenwahl 2017 in Frankreich beeinflussen.¹⁵⁶ Schützenhilfe bekamen die reaktionären Christ*innen vom ähnlich gesinnten Papst, der die Lehrinhalte zur sexuellen Aufklärung in französischen Schulbüchern als »hinterlistige Indoktrinierung mit Gendertheorien« diffamierte.¹⁵⁷

Die Faschist*innen des Front National (FN) mit Marine Le Pen könnten der nächste Dominostein im rechten Rollback innerhalb der EU sein. Sie sind der organisierte Ausdruck des Hasses auf alle Flüchtlinge.

Weil nach der Parlamentswahl 2015 in Spanien kein/e eindeutiger Gewinner*in aus der Wahl hervorgegangen war und die stärkste Kraft, die rechts-konservative Volkspartei PP (Partido Popular) mit Manuel Rajoy, keine tragfähige Koalitionsregierung zu bilden vermochte, musste die Wahl im Sommer 2016 wiederholt werden. Wieder verfehlte die PP die absolute Mehrheit, wurde aber mit 33 Prozent und 137 Sitzen erneut die stärkste Kraft. Die rechtsliberalen »Staatsbürger – Partei der Bürgerschaft« (Ciudadanos – Partido de la Ciudadanía) kamen auf 13 Prozent der Stimmen. Die mehrheitlich rechtssozialdemokratische Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE, Partido Socialista Obrero Español) erhielt 22,66 Prozent und verwies die linkspopulistische Partei »Wir können« (Podemos) (21,1 Prozent) auf den 3. Platz. Podemos ist aus der Bewegung des »15-M« (Platzbesetzungen mit der Forderung »Echte Demokratie jetzt!«) in den Jahren 2011/2012 hervorgegangen.

Ciudadanos stand als Koalitionspartner für weitere Jahre unsozialer Politik zur Verfügung, doch es reichte nicht für eine Mehrheitskoalition. Die PP bekam zunächst genauso wenig eine mehrheitsfähige Regierungskoalition zusammen wie die PSOE oder auch Podemos. Die Mehrheit der PSOE entschied sich dafür, den »Kaputtsparen« des PP unter Rajoy eine Minderheitsregierung zu ermöglichen. Ihr Argument: unter keinen Umständen die Einheit Spaniens gefährden. Podemos arbeite gegen die »Interessen des Vaterlands«, sagen PSOE und PP.¹⁵⁸ Podemos unterstützt Regionalisierungen sowie die katalanischen und baskischen Unabhängigkeitsbestrebungen und ist wohl deshalb kein akzeptabler Regierungspartner.^{159,160} Obwohl Podemos keine eindeutige antikapitalistische Orientierung hat, sind die Widersprüche offenbar so groß, dass keine Einigung für einen Politikwechsel mit wenigstens moderatem Linkskurs zu erzielen gewesen ist.

Es scheint Verbindungen von Podemos zum antisemitischen Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS, Boycott, Divestment and Sanctions) zu geben, die in 50 spanischen Kommunen den Boykott israelischer Waren durchsetzen wollten. Aber spanische Gerichte

untersagten solche Boykottkampagnen u.a. als diskriminierend, antisemitisch und menschenrechtsverletzend.¹⁶¹

Bei ihrem Antritt leitete die griechische Regierung unter Ministerpräsident Tsipras von der Koalition der Radikalen Linken (Syriza, Synaspismos Rizospastikis Aristeras) Maßnahmen zur Linderung der schlimmsten Not der ärmsten Teile der Bevölkerung ein: Nahrungsmittelhilfen, kostenloser Transport für Erwerbslose oder kostenlose Strom- und Wasserversorgung für arme Familien. Im Wesentlichen setzt die Syriza-Regierung aber die Privatisierungsmaßnahmen und Sparauflagen der Troika um, damit die Gelder des sogenannten dritten Hilfspakets der EU, ca. 86 Milliarden Euro, fließen.^{162,163,164} Durch Rentenkürzungen und Steuererhöhungen sollen den Lohnabhängigen drei bis vier Milliarden Euro zur Schuldentilgung des Staates aufgebürdet werden.¹⁶⁵ Im September 2016 stimmte das Parlament mit knapper Mehrheit u.a. für den Verkauf der staatlichen Gas- und Wasserwerke.

Im Laufe des Jahres kam es gegen die brutale Einkommensenteignung immer wieder zu Demonstrationen und Streiks, bei dem tageweise der gesamte öffentliche Nah- und Fernverkehr lahmgelegt werden konnte.¹⁶⁶ Gegen eine Renter*innen-Demonstration Anfang Oktober in Athen setzte die Polizei massiv Tränengas ein, was nicht nur in Griechenland Empörung auslöste und den verantwortlichen Minister Tränengasverbot für bestimmte Demonstrationen – u.a. bei Renter*innen – anordnen ließ.¹⁶⁷

Privatisierungen und Ausverkauf der Infrastruktur des Staates gehen weiter. Die Fraport AG (mehrheitlich in deutschem Staatsbesitz) hat für 14 griechische Flughäfen über 40 Jahre einen Konzessionsvertrag abgeschlossen, darunter Thessaloniki und Rhodos, über die ein großer Teil des Tourismus läuft.¹⁶⁸ Fraport und Lufthansa werden hohe Profite machen. Das Land Hessen rechnet ebenfalls mit hohen Einnahmen.¹⁶⁹ Die Syriza-Regierung setzt mithilfe der sozialdemokratischen Pasok und der liberalen To Potami die Abschiebung der Flüchtlinge in die Türkei entsprechend dem Abkommen der EU mit der Türkei um.^{170,171} Linke Hausprojekte in Athen (im Stadtviertel Exarchia) und in Thessaloniki, die den Schutz und Aufenthalt von Flüchtlingen garantiert haben, wurden geräumt und Bewohner*innen in Haft genommen.¹⁷²

Linke Gruppen in Griechenland und Solidaritätsinitiativen in Deutschland machen Syriza mittelbar verantwortlich für das Töten von Flüchtlingen. Antirassist*innen sprühten z.B. in Frankfurt/Main »Stop killing refugees« auf das griechische Botschaftsgebäude.¹⁷³

Im November entließ Tsipras mehrere Minister, die sich argumentativ und juristisch gegen einige Privatisierungen gewehrt hatten.¹⁷⁴ Obwohl die Ernüchterung und Enttäuschung immer spürbarer wird, käme Syriza laut Umfragen immer noch auf 18,1 Prozent der Wähler*innenstimmen.¹⁷⁵ Von der rechtssozialdemokratischen Politik Syrizas werden voraussichtlich die Faschist*innen von Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) profitieren.

Auch die Niederlande, Dänemark, Österreich, Italien und Schweden liefern Beispiele für die Rechtsentwicklung in der EU: Rechtspopulistische Parteien haben oder gewinnen Einfluss in diesen Ländern.

Auch in der BRD setzt sich die Rechtsentwicklung fort. Die AfD (Alternative für Deutschland) zog in mehrere Länderparlamente ein¹⁷⁶. In Mecklenburg-Vorpommern¹⁷⁷ und in Sachsen-Anhalt¹⁷⁸ landete sie mit 20,8 bzw. 24,3 Prozent vor der CDU. Die größte Wähler*innenwanderung gab es von der CDU zur AfD. Aber auch viele Linksparteiwähler*innen wechselten zur AfD. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin erhielt die AfD 14,1 Prozent,¹⁷⁹ in Berlin Marzahn-Hellersdorf erhielt die Linkspartei 25,4 Prozent der Erststimmen und die AfD 23,3 Prozent. Sie errang zwei Direktmandate. Bei den Zweitstimmen erreichte die AfD mit 23,6 Prozent 0,1 Prozent mehr als die Linkspartei.^{180,181}

Die SPD/Grüne-Bundesregierung, unter Bundeskanzler Schröder und Vizekanzler Fischer, zerschlug mit der Agenda 2010 und Hartz IV usw. große Teile des Sozialstaates und sie gewährten dem deutschen Kapital umfangreiche steuerliche Entlastungen und schufen einen Niedriglohnarbeitsmarkt, welche es zum Gewinner der Weltwirtschaftskrise seit 2007 machen. Selbstverständlich vertieften diese Maßnahmen die Spaltung zwischen Arm und Reich. In Teilen der Mittelschicht mobilisieren Abstiegsängste den ohnehin vorhandenen Rassismus. Davon profitiert die AfD. Den Wähler*innen scheint scheinbar zu sein, dass das Programm der AfD auch gegen ihre ökonomischen Interessen gerichtet ist. Die Forderungen der AfD dienen der Bereicherung der Reichen und der oberen Mittelschicht, etwa mit der Abschaffung von Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer¹⁸², und durch die Ausweitung der Ausbeutung der Lohnabhängigen, wie beispielsweise durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters bei gleichzeitiger Kürzung der Renten.¹⁸³

Die im Wahlprogramm der AfD angekündigte Sozialstaatszerstörung wird von dem Teil der AfD-Wähler*innen, die es betreffen könnte, zum Teil gar nicht wahrgenommen. Es geht ihnen um den eigenen Rassismus und um die Erhaltung ihres »Lebensraums« mit seiner kulturellen Rückständigkeit. So auch bei Gewerkschaftsmitgliedern, von denen in Mecklenburg-Vorpommern jeder fünfte¹⁸⁴ und in Sachsen-Anhalt jeder vierte¹⁸⁵ die AfD wählte.

Teile der sogenannten Protestwähler*innen sind nicht damit einverstanden, dass ihre Region von den politisch Verantwortlichen abgehängt wird. Sie verknüpfen ihre ökonomischen Probleme, die Demontage ihrer Infrastruktur und ihrer sozio-kulturellen Basis mit rassistischen Anschauungen und diese wachsen: schuld sind die Geflüchteten. So dient der Rassismus, wie andere Diskriminierungsformen auch, der Herrschaftssicherung für das Kapital, in dem Lohnabhängige, Minderheiten und Marginalisierte voneinander gespalten werden.

An den politischen Positionen der AfD ist nichts mehr zu entschlüsseln, sie liegen klar und deutlich vor uns. Beispiele: Beatrix von Storch¹⁸⁶ meinte, auch Frauen mit Kindern könne mensch erschießen, um sie am Grenzübertritt zu hindern. Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry¹⁸⁷ möchte den Begriff »völkisch« wieder positiv besetzen, der wesentlicher Bestandteil der NS-Ideologie und somit Grundlage der industriellen Massenvernichtung von Jüd*innen ist. Der thüringische AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke referierte in seiner Rede beim neu-rechten Institut für Staatspolitik auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt vom »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstypus«.¹⁸⁸ Trotz der offen rassistischen und antisemitischen Positionen der AfD wurde AfD-Mitbegründer Konrad Adam vom anti-

rassistischen »BIRLIKTE«-Festival in Köln zu einer Diskussion eingeladen. Dort stürmten 100 Menschen die Bühne und verhinderten den Auftritt.¹⁸⁹

Vor allem Erwerbslose und Arbeiter*innen haben die AfD gewählt, eher Männer, zumeist ohne höhere Bildung.^{190,191,192,193,194} Für viele sozial Ausgegrenzte und vom sozialen Abstieg tatsächlich oder vermeintlich Bedrohte ist, in der Konkurrenz um Arbeit und Einkommen, die AfD eine Wahlalternative zur betulichen Linkspartei.

Am 30. April 2016 fand der Bundesprogrammparteitag der AfD in Stuttgart statt. Bundesweit war zur Blockade und einer anschließenden antirassistischen Demonstration mobilisiert worden. Polizist*innen räumten die Blockierer*innen ab, 500 Menschen wurden weggesperrt. An der Demonstration durch die Stuttgarter Innenstadt nahmen 4.000 Menschen teil.¹⁹⁵ Bei den Blockaden und der Demonstration wurde zum ersten Mal das Kampagnenflugblatt 2016 der Ökologischen Linken »Wie und warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird« verteilt.

Nazis sind zunehmend bereit Gewalt anzuwenden, um ihre Interessen durchzusetzen.¹⁹⁶ Dies zeigt sich in den ansteigenden Zahlen rechter und rechtsextremer Übergriffe auf Asylunterkünfte, auf ehrenamtliche Helfer*innen, politische Aktivist*innen oder auch Politiker*innen.^{197,198} Dabei spielen auch organisierte Gruppen wie die sogenannten »Bürgerwehren« eine wichtigere Rolle. Eine Gruppe aus dem sächsischen Freital hat monatelang vor Ort Anschläge verübt.¹⁹⁹ Im sächsischen Arnsdorf wurde ein psychisch kranker Asylbewerber geschlagen und anschließend an einen Baum gefesselt.²⁰⁰ Die Polizei nahm nicht einmal die Personalien der Täter*innen auf.

In Bautzen ist die Lage besonders krass. Am 20. Februar 2016 behinderten applaudierende Schaulustige die Löscharbeiten an einer brennenden künftigen Flüchtlingsunterkunft.²⁰¹ Am 14. September 2016 jagten 80 Nazis 20 minderjährige Geflüchtete durch die Stadt. Bereits in den Nächten zuvor hatten Rechte versucht, die Geflüchteten von einem öffentlichen Platz zu vertreiben. Die Polizei vertauschte Täter*innen und Opfer und erteilte den Geflüchteten eine Ausgangssperre.²⁰² Kein Wunder, dass im November 2016 Asylbewerber*innen von 40 bis 50 Rechtsextremem durch Bautzen gejagt wurden.^{203,204}

Am 1. Mai marschierten bis zu 1.000 Nazis, mobilisiert von der Nazi-Partei »Der III. Weg« durch Plauen unter dem Motto »Für einen Deutschen Sozialismus«. Während die Polizei wiederholt die antifaschistische Gegendemonstration stoppte, konnten die Nazis, viele verummmt, die Hälfte ihrer Demonstrationsroute zurücklegen. Erst nach einem Angriff auf die Polizei stoppte diese die Nazis.²⁰⁵ Am Rande der Demonstration schlug ein Nazi eine Frau mit einem Kamera-Stativ bewusstlos.²⁰⁶ Bei den Demonstrationen von »Wir sind Deutschland«, die zwischen September 2015 und April 2016 in Plauen stattfanden, durften auch rechtsextreme und antisemitische Verschwörungstheoretiker wie Jürgen Elsässer (Compact) und Ken Jepsen (KenFM) sowie andere Nazis ihren menschenfeindlichen Müll von der Bühne verbreiten.^{207,208}

Zum »Tag der deutschen Zukunft« marschierten am 4. Juni 2016 900 Nazis in Dortmund auf, vor allem in den Stadtteilen Huckarde und Dorstfeld.²⁰⁹ Während die Nazis trotz verfassungs-

feindlicher Symbole ihre Route sogar noch verlängern durften, wurden hunderte Gegen-demonstrant*innen für mehrere Stunden von der Polizei eingekesselt.²¹⁰ Insgesamt demonstrierten ca. 5.000 Menschen gegen den Naziaufmarsch. Die Aktionen gegen den »Tag der deutschen Zukunft« war eine der wichtigsten Antifa-Aktionen im Ruhrgebiet. In Dortmund-Dorstfeld sind seit langem Nazis aktiv. 2009 musste eine Familie wegen andauernder Terrorisierung durch Nazis wegziehen.²¹¹ Im August 2016 wurde ein Antifaschist niedergestochen,²¹² im September ein Mensch von einem Nazi mit Reizgas attackiert.²¹³

Rechte Verschwörungstheoretiker*innen, »Reichsbürger«, Identitäre und Pegida-Nazis marschierten wiederholt unter dem Motto »Merkel muss weg« durch Berlin.^{214,215,216,217}

Die nationalen Feierlichkeiten zum 3. Oktober fanden dieses Jahr in Dresden statt. Angesichts von PEGIDA-Aufmärschen, sächsischem Sumpf und AfD-Wahlerfolgen hätte sich Dresden besonders für einen großen antinationalen Gegenprotest angeboten. Doch die Mobilisierung war spärlich und spät. Zur Vorabenddemonstration am 2. Oktober kamen ca. 800 Menschen zur antinationalen Demonstration. Inhaltlich waren antirassistische und feministische Positionen stark vertreten, jedoch fehlte meistens die Verknüpfung mit der grundsätzlichen Kritik an kapitalistischer Verwertung und mit einer antinationalen Position. Bei der sichtbarsten linken Aktion spannten Aktivist*innen ein Transparent mit der gerademal linksliberalen Feststellung »Deutschland spricht von Brücken und baut Grenzen« quer über die Augustusbrücke.

Und dann gibt es noch die bereits erwähnten »Reichsbürger«, die zum Teil offene Nazis sind. Sie wännen sich immer noch im Deutschen Reich und bestreiten die Legitimität der BRD.²¹⁸

Am 17. September 2016 marschierten 3.000 christliche Abtreibungsgegner*innen, die abgetriebene Zellhaufen als »getötete Kinder« mystifizieren, durch Berlin. Die Teilnehmer*innen des »Marsches für das Leben« vertreten ein christlich-fundamentalistisches Weltbild auf Basis der patriarchal-bürgerlichen Kleinfamilie. Sie bestehen auf der Zweigeschlechtlichkeit, fordern eine strenge Sexualmoral und lehnen Trans*identitäten, Inter*geschlechtlichkeit und Homosexualität ab. Ihr Antifeminismus ist das Scharnier für breite Bündnisse. An den jährlich stattfindenden »Schweigemärschen« nehmen Verschwörungstheoretiker*innen, Abtreibungsgegner*innen, Bischöfe und Politiker*innen der CDU/CSU und der rechtspopulistischen AfD, wie Beatrix von Storch²¹⁹, teil.

Aber es gab auch Gegenwehr: Das »What the Fuck« Bündnis mobilisierte unter dem Motto »Euer Schweigen könnt ihr euch schenken! Lieber Feminismus feiern!« ca. 1.500 Menschen zu einer Demonstration gegen den »Marsch für das Leben«.²²⁰ Eine Blockade verkürzte die Route der Rechten.²²¹ Die Ökologische Linke Berlin ist Teil des »What the Fuck«-Bündnisses. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2016 »Wie und warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird«.

Am 30. Oktober 2016 fand in Wiesbaden die »Demo für Alle. Ehe und Familie vor! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder« statt, getragen von einem Bündnis aus

Antifeminist*innen, Konservativen, christlichen Fundamentalist*innen und Nazis. An der Demonstration mit fast 1.500 Teilnehmer*innen nahmen auch NPD-Kader teil und am Rand waren Nazis vom »III. Weg«. ÖkoLinX-Antirassistische Liste (ÖkoLinX-ARL) unterstützte den linken Aufruf »Demo für alle? Lläuft nicht!« aus Frankfurt/Main und war bei den Gegenprotesten dabei.²²² Es gab 2.000 bis 3.000 Gegendemonstrant*innen.²²³ Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2016 »Wie und warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird«.

Nach mehr als 100 Jahren ist die deutsche Bundesregierung so weit, den Vernichtungskrieg des deutschen Kaiserreichs in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika von 1904 bis 1908, bei dem 65.000 Herero und 10.000 Nama ermordet wurden, offiziell als Völkermord zu bezeichnen.^{224,225} In Konzentrationslagern starben während des Völkermords viele Herero und Nama an Seuchen, an Unterernährung und den Folgen von Zwangsarbeit. Noch heute lagern in deutschen Archiven (Schädel-)Knochen zahlreicher Menschen aus der früheren deutschen Kolonie, die damals nach Deutschland gebracht wurden. An ihnen wurden rasseanatomische Untersuchungen vorgenommen, u.a. von Eugen Fischer, einem später führenden NS-»Rassen«hygieniker.²²⁶ Vertreter*innen der Herero und der Nama wurden zu den Verhandlungen der deutschen Bundesregierung mit der Regierung des heutigen Namibia nicht eingeladen.²²⁷

Zum heutigen institutionalisierten Rassismus gehört das sogenannte Racial Profiling, die Kontrolle von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe. Dies ist das Standardvorgehen der Bundespolizei. Das kann der Polizeichef von Namibia, stellvertretender Chef von Interpol, sicher bestätigen, denn als er im Oktober 2016 in Frankfurt/Main aus dem Flugzeug stieg wurden nur er, seine zwei Koll*innen und fünf weitere schwarze Passagiere von der Polizei kontrolliert.²²⁸

Eine Grundlage des Rechtsrucks in der BRD ist die Kontinuität faschistischen Gedankengutes nach dem Ende des NS-Faschismus. Nach 1945 hatten Nazis Ämter in allen Teilen des Staates inne. Sie strebten in staatliche, militärische und polizeiliche Strukturen, so dass dort mancherorts nach 1945 mehr frühere NSDAP-Mitglieder in Amt und Würden waren, als NSDAP-Mitglieder von 1933-1945. Sie waren noch lange in einflussreichen Positionen und konnten ihr menschenverachtendes Gedankengut im Staatsapparat weitergeben. Drei Viertel der Führungskräfte im Bundesjustizministerium hatten Ende der 50er Jahre eine NS-Vergangenheit.²²⁹

Die AfD mit ihrem faschistischen Flügel ist nicht unser einziges Problem. Eine Basis der AfD ist die Eroberung der Straße durch die völkische Pegida-Bewegung und die sogenannte Querfront. Einer der rechten Querfront-Akteure ist Jürgen Elsässer, der zur Zeit versucht, die deutschsprachige europäische »neue« Rechte zusammenzubringen.²³⁰ Seine menschenverachtenden Positionen verbreitete er u.a. am 5. November 2016 in Berlin auf der Compact-Konferenz, die ursprünglich eine Woche vorher in Köln stattfinden sollte, dort aber von Antifaschist*innen verhindert worden war. Konfrontiert mit antifaschistischen Protesten vor der Halle trat Elsässer mit Andre Poggenburg, AfD-Chef von Sachsen-Anhalt, Karl Albrecht Schachtschneider, rechtspopulistischer Staatsrechtler, Martin Sellner, Anführer der

Identitären Bewegung Österreichs, Oskar Freysinger, schweizerischer SVP-Staatsrat und Reichskriegsflaggenliebhaber sowie Lutz Bachmann, dem Pegida-Gründer, auf.

Die Gefährlichkeit und Bedeutung solcher Treffen liegt nicht zuletzt in der Vernetzung unterschiedlicher rechter Akteure und Akteurinnen. Götz Kubitschek, Gründer des neu-rechten »Institut für Staatspolitik«, hatte bereits Ende 2015, auf einer Veranstaltung von Elsässers Compact-Magazin, die Idee eines rechten »Greenpeace für Deutsche«. So wurde die Initiative »Ein Prozent für unser Land« gegründet, als »Widerstandsbewegung gegen die aktuelle Asylpolitik«. Weitere Gründungsmitglieder waren Schachtschneider und Hans-Thomas Tillschneider, Chef der »Patriotischen Plattform«, rechtsaußen-Organisation von Mitgliedern der AfD.²³¹ Damit wurde die Entgrenzung der rechten Spektren weiter vorangetrieben.

Aktuell sammelt »einprozent« Prozesskostenspenden für die »jungen Patrioten der Identitären Bewegung Österreich um den Frontmann Martin Sellner«. Sie wurden verurteilt, weil sie mit menschenfeindlichen Parolen am 14. April 2016 in Wien die Aufführung des Jelinek-Theaterstücks „Die Schutzbefohlenen“ gestürmt und Kunstblut verspritzt hatten. Die Darsteller*innen waren selbst »Schutzbefohlene« und stammten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Elsässer preist Sellner als »neuen Rudi Dutschke aus Wien«.^{232,233,234}

Die Identitäre Bewegung (IB) ist eine gesamteuropäische Bewegung, die ihren Ursprung in Frankreich hat. Von Alain de Benoist, einem Vordenker der französischen Neuen Rechten, stammt das Konzept einer »Kulturrevolution von rechts«. Im deutschsprachigen Raum beziehen sich die völkisch rassistischen »Identitären« auf faschistische Ideologen wie Carl Schmitt, Oswald Spengler, Ernst Jünger und Julius Evola.^{235,236,237} (Anm.: Auf letzteren bezieht sich auch Steve Bannon, Chefstrategie des US-Präsidenten Trump).

Blut-und-Boden-Ideologie fusioniert mit Ethnopluralismus und wird zu einem brandgefährlichen rassistischen Projekt. Faschistisches Gedankengut wird quasi aus der muffigen braunen Ecke herausgeholt, als cooler Lifestyle mit Formen linker Protestkultur verbunden, für Selbstdarstellungen auf YouTube inszeniert und ins Netz gestellt.²³⁸

Als braune Hipster bringen sie durch unkonventionelle Aktionsformen wie Flashmobs oder der Besetzung des Brandenburger Tors öffentlichkeitswirksam ihre Botschaft gegen den »großen Austausch« unters »Volk«. Angeblich werde Europa gezielt mit muslimischen Einwanderer*innen »überflutet« und »das Volk« auf diese Weise »zersetzt«.²³⁹ Durch die Demonstrationen von Pegida und die Erfolge der AfD sehen sie sich bestätigt.

Der »Friedenswinter« 2014/15 war ein Querfront-Projekt von National-Linken, rechten, antisemitischen, verschwörungsideologischen Mahnwichteln und Anhänger*innen der »traditionellen« Friedensbewegung. Es wurde ohne größeres Aufsehen im Frühjahr 2015 für beendet erklärt, weil die Kritik zu stark geworden war. Hinter den Kulissen wurde dennoch an diesem Querfront-Konzept festgehalten. Dieter Dehm, der zur nationallinken Strömung in der Linkspartei gehört, war wesentlich beteiligt an der Stärkung der Friedensquerfront auf der Straße und in der Linkspartei. Der Querfront-Barde, für den der Antisemitismus erst beim »Massenmord« beginnt, posiert gern mit der Deutschlandfahne vor einer Luxuslimousine.^{240,241} Einige

Querfrontler*innen gründeten einen neuen Koordinierungskreis, den »Friedenskreis Wanfried«, benannt nach dem Tagungsort. Schwerpunkt sollten Aktionen gegen die US-Airbase Ramstein sein.

Bei den Ramstein-Aktionen am 11. Juni 2016 wurde das Zusammenspiel von Mahnwichteln, »alter« Friedensbewegung und nationalen Linken deutlich. Pedram Shahyar, ehemals Attac, jetzt Mitarbeiter beim Israelfeind Ken Jepsen, Willy Wimmer, Autor vom rechten Kopp-Verlag, der bei Jürgen Elsässer auftritt, sowie Albrecht Müller, Nachdenkseiten-Betreiber, leidenschaftlicher Wagenknecht-Fan und inzwischen fest eingebunden ins Querfrontnetzwerk unterstützen bzw. beteiligen sich an den Ramstein-Aktionen.

Ein ausführliches Kritik-Papier zu Ramstein²⁴² erstellte die Kampagne »Krieg beginnt hier«, eine Gruppe aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz, die sich nach rechts abgrenzt. Allerdings ist das nicht glaubwürdig, denn auch sie posten YouTube-Beiträge des Antisemiten Ken Jepsen. In ihrem Papier weisen sie auf die »zu monothematische, einseitige inhaltliche Ausrichtung der Kampagne« hin, »die sich auf den US-Drohnenkrieg fokussiert unter Vernachlässigung der Verantwortung Deutschlands«. Auch fehle es an einer »Kritik an Putin statt einer Verharmlosung des russischen Imperialismus«. Es folgt eine ausführliche Aufzählung umstrittener Redner*innen und Workshopleiter*innen sowie Künstler*innen, von Chemtrail-Gläubigen über Klimawandel-Leugner*innen bis NS-Verharmloser*innen war alles dabei. Dazu käme die Nutzung »umstrittener und meist einseitiger Medienkanäle« wie KenFM, Free21, NuoViso, allesamt verschwörungsaffine, rechtsoffene Plattformen wie auch Russia Today (RT) Deutsch, welche live von den Ramstein-Aktionen berichtet hatten.

Reiner Braun, Initiator und Querfront-Schnittstelle zur traditionellen Friedensbewegung, dankte dem russischen Kanal RT-Deutsch ausdrücklich für die publizistische Unterstützung. Am 30. Januar 2016 nahm er den »Bautzener Friedenspreis« der dortigen rechtslastigen Mahnwache an, die gemeinsam mit Nazis auftritt.²⁴³ Hauptsache: »Alle sind für den Frieden«. Ein Jahr vorher war der Preis an Lars Mährholz, den Erfinder der Friedensmahnwachteldemonstrationen, gegangen, der meinte, die Schuld an allen Kriegen der letzten hundert Jahre trage die Notenbank FED. Ganz im Sinn des damit verbundenen antisemitischen Codes ist es die FED, »die alle Fäden auf diesem Planeten zieht und die amerikanische Regierung hat schon lange nichts mehr zu sagen«.

Über Ken Jepsen darf seit 10. November 2016 gerichtlich erlaubt gesagt werden, dass er nach antisemitischen Äußerungen beim Sender rbb rausgeflogen ist.²⁴⁴ Er hat sich sein eigenes Medienportal gebaut, bei dem jeder seinen Dreck absondern darf, von Friedensmahnwachenteilnehmer*innen, Nationallinken, Antisemit*innen, von Linkspartei-Abgeordneten wie Wolfgang Gehrcke, Dieter Dehm oder Sahra Wagenknecht, von Lars Mährholz, Jürgen Elsässer und anderen Rechtsaußen bis zu Franz Hörmann mit seinem Schuldgeld und vielen anderen. Franz Hörmann z.B. »könne nicht sagen, ob es Gaskammern gab« und hat »keine Meinung zu Gaskammern«. Er ist auch Referent für Occupy-Austria.²⁴⁵

Charlotte Knobloch, Präsidentin der »Israelischen Kultusgemeinde von München und Oberbayern«, wurde verboten ihre Äußerung zu wiederholen, Abraham Melzer sei für »seine antisemitischen Äußerungen regelrecht berüchtigt«. Bei einem Verstoß gegen das Urteil ist

sie von 250.000 Euro Strafe oder 6 Monaten Haft bedroht. Laut Gericht dürfe mensch einige der Aussagen Melzers zwar als antisemitisch beurteilen, wie seinen NS-Vergleich zwischen Mitarbeitern des israelischen Außenministeriums und »Blockwarten«, nicht aber als »berüchtigt«. Von drei antisemitischen Äußerungen fiel eine bereits 2009. Und da zwei der antisemitisch eingestuft Aussagen Melzers zeitlich nach Knoblochs Äußerung erfolgten, seien sie »nicht geeignet, die zeitlich frühere Äußerung [Knoblochs] zu rechtfertigen«²⁴⁶, sondern, weil er jüdisch ist, dazu geeignet ihn »in seiner Ehre zu verletzen«.²⁴⁷ Das Urteil kam von jener Petra Grönke-Müller, vorsitzende Richterin am Landgericht München I, die 2014 Jutta Ditfurth verboten hat, den antisemitischen Verschwörungsideologen Jürgen Elsässer einen »glühenden Antisemiten« zu nennen, da er sich nicht positiv auf den NS-Faschismus beziehe.²⁴⁸

Am 8. Oktober 2016 organisierten »die Friedensbewegung« um Reiner Braun und eine noch rechtere Querfront zeitgleich und in räumlicher Nähe zwei Demonstrationen in Berlin. An der kleineren waren u.a. der Stalinist Stephan Stein von der Zeitung Rote Fahne, Said Dudin, Guido Ciburski, Frank Geppert und die Gruppe Endgame beteiligt. Bei der größeren um Rainer Braun versuchten die Akteur*innen die rechten Elemente im Hintergrund zu halten. Aber Wahnwichtel waren sichtbar.

Zum Schluss vermischten sich die „Friedensfreund*innen“ vom Oktober 2016, um gemeinsam Sahra Wagenknecht zu lauschen. Als eine der »wenigen ehrlichen Linken«, wie ausgerechnet Elsässer Sahra Wagenknecht nennt, gehört sie zu denen in der Linkspartei, die mit Querfrontpositionen Wähler*innen zurückgewinnen wollen. Sie führt einen Wahlkampf nach rechts. Nach den Ereignissen der Sylvesternacht 2015/16 in Köln forderte sie: »wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht eben auch verwirkt«. Dies ist nicht nur das Vokabular, sondern auch die Ideologie der Rechten: Kein Asylrecht, Entrechtung von Flüchtlingen und Migrant*innen, 'straffällige Ausländer raus!'. Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine verlangen auch eine Obergrenze für die Anzahl von Geflüchteten.²⁴⁹ Damit hebeln sie das Asylrecht, mit dem Grundgesetz geschaffen aus den Erfahrungen des NS-Faschismus, grundsätzlich aus.

Am 28. Mai 2016 wurde Wagenknecht auf dem Magdeburger Parteitag für diese und ähnliche Reden getortet. »Wie Kaiser Wilhelm II. 1914 keine Parteien mehr kennen wollte, sondern nur noch Deutsche, so wollte man in der 'Linken' keine innerparteilichen Konflikte mehr kennen, sondern nur noch Genossinnen und Genossen.« Parteichefin Katja Kipping jammerte: »Das war ein Angriff auf uns alle«. Dietmar Bartsch, zusammen mit Wagenknecht einer der beiden Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion, brandmarkte diese Aktion wiederholt und in gesteigerter Lautstärke als »asozial«, Beifall und Jubelrufe der Delegierten.²⁵⁰ Soweit zum Zustand der Linkspartei, die aus der Vergangenheit nichts gelernt hat.

Die KPD veröffentlichte im August 1930 ihre »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«. Beachtenswert ist die Wahl der Worte und ihre Reihenfolge: national, sozial. Ein Dokument voller völkischer Floskeln und Parolen, ein Versuch, die Nazis rechts zu überholen; es sollte eine besonders raffinierte Strategie sein, die Massen abzuholen. Die KPD ließ sich auf gemeinsame Diskussionsveranstaltungen mit der NSDAP ein, sie tauschten Redner*innen aus und arbeiteten beim Berliner Verkehrs-

arbeiter*innenstreik von 1932 zusammen. Die KPD trug mit dieser Strategie dazu bei, den Nazis in der Arbeiter*innenbewegung mehr Akzeptanz zu verschaffen.²⁵¹

Gleichsam in dieser Tradition sitzen die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Sahra Wagenknecht und die AfD-Vorsitzende Frauke Petry nicht nur in Talkshows zusammen. Beide gaben auch ein gemeinsames Interview, das am 2. Oktober 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschien. Den völkischen Rassismus und die rassistische antimuslimische Position der AfD kritisierte Wagenknecht dort nicht, der AfD-Nationalismus war ihr lediglich zu »muffig« und sonst braucht's halt nur etwas Reform im Kapitalismus.^{252,253}

Dazu passt Wagenknechts Bundestagsrede vom 23. November 2016, die Jutta Ditfurth auf Twitter so kommentierte: »Wagenknecht: statt SPD und CDU von links zu kritisieren, lobt sie Trump für ein nur angekündigtes öffentliches Investitionsprogramm, das keiner kennt«. ²⁵⁴ Am Ende ihrer Rede zitierte Wagenknecht zustimmend Didier Eribon (*Rückkehr nach Reims*), dass die Wahl des Front National eine »Notwehr« der unteren Schichten sei. Aus Notwehr Faschist*innen wählen? Als wenn soziale Verelendung rassistische Überzeugungen und reaktionäre Kulturangriffe ausschließt. Zudem gibt es in Frankreich eine linke radikale Wahlalternative.

Nach jahrzehntelanger Mitarbeit im Revolutionären 1. Mai-Bündnis trat die Ökologische Linke aus. Der Grund: In einer Mischung aus Verfahrenstricks (wer neu eintreten wollte, konnte plötzlich selbst darüber abstimmen) und Diskussionsverweigerung einiger Bündnispartner*innen wurden mehrere neue Gruppen aufgenommen. FOR Palestine (For One State and Return in Palestine), eine dieser Gruppen, verlangt ausdrücklich die Abschaffung des Staates Israel und die Vertreibung aller »Zionist*innen«. Maßgeblicher Bündnispartner von FOR Palestine ist der antizionistisch-antisemitische BDS (Boycott, Divestment and Sanctions, Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen), dessen Berliner Gruppe gleichfalls unter fragwürdigen Bedingungen beiträgt. Die Zerstörung Israels ist das nicht offen genannte eigentliche Ziel des internationalen BDS. Der Boykott ist am Anfang ein Zwischenschritt zur Delegitimierung Israels auf dem Weg zur Zerstörung von Israel. Die beiden Gruppen wurden von den anderen neu eingetretenen Gruppen unterstützt, zu ihnen gehören Vencemos, Demokratische Komitees Palästinas, Internationalismo 21 und das Kurdistan Solikomitee.

Da im Jargon der antizionistischen Antisemit*innen praktisch alle jüdischen Menschen als Zionist*innen gelten, außer denen, die sich antizionistisch-antisemitischen Interessen beugen, blieben dann kaum noch Jüd*innen übrig, in dem neuen »Staat [...] vom Jordan bis zum Mittelmeer«. ²⁵⁵ Weitere Informationen dazu sind dem Schwerpunkttext der Ökologischen Linken 2016 »Kann der Kampf gegen Antisemitismus, gegen Irrationalismus ohne antikapitalistische Orientierung erfolgreich sein?« zu entnehmen.

Vertreter*innen von Ökologische Linke (bundesweit und Berlin) und ÖkoLinX-Antirassistische Liste stellten im Revolutionären 1. Mai-Bündnis Anträge, um antizionistisch-antisemitische Positionen wie »Israel verübt einen Genozid an den Palästinensern« aus Bündnis und Demonstration herauszuhalten.

In einer antisemitisch verhetzten Diskussion behaupteten Vertreter*innen von BDS und FOR Palestine wiederholt, Israel begehe »einen Genozid an den Palästinensern«. Unsere Anträge wurden von allen anderen Bündnis-Mitgliedern abgelehnt, etwa 33 Personen aus insgesamt 19 Organisationen). Die Interventionistische Linke (IL) und die Radikale Linke Berlin (RLB) enthielten sich ganz, die Antifaschistische Linke Jugend (ALJ) teilweise. Die RLB hatte zuvor erklärt, dass sie unsere 4 Anträge vollständig ablehnt und nicht abstimmen wolle. Wir sind daraufhin aus dem Bündnis ausgetreten. Näheres zu den Inhalten der Anträge könnt ihr auf der Web-Seite der Ökologischen Linken dem dort veröffentlichten Flugblatt »Antizionistischer Antisemitismus – Warum wir aus dem Revolutionären 1. Mai-Bündnis (Berlin) ausgetreten sind« entnehmen.

Die revolutionäre 1. Mai-Demonstration 2016 in Berlin fand unter dem Motto »Grenzenloser Widerstand – gegen Krieg und Kapital« statt. Die vom Bündnis angemeldete Route durch das MyFest konnte trotz Verbot durchgesetzt werden. Anschließend lief die Demonstration durch Kreuzberg. Aus dem Internationalistischen Block, an dem sich BDS und FOR Palestine beteiligten, wurden Menschen angegriffen und auf sie eingeschlagen, weil sie, am Rand der Demonstration sitzend, ein topflappengroßes Israel-Fähnchen schwenkten.²⁵⁶ Auch Mitglieder der Ökologischen Linken waren körperlichen Angriffen ausgesetzt. Aus dem »Internationalistischen Block« und von Leuten aus dem »Jugendwiderstand« wurden Jutta Ditfurth und andere Genoss*innen während weiter Strecken der Demonstration angerempelt, ihnen wurden mehrfach die Flugblätter über »Antizionistischen Antisemitismus« aus der Hand geschlagen, sie wurden geboxt, getreten und mit Flüssigkeit überschüttet. Mit dabei beim »Internationalistischen Block« war u.a. Fuad Afane, ein Antisemit, der schon als Redner beim rechtsextremen Endgame (Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas) auftrat.^{257,258}

Aber nicht zu vergessen ist auch, dass von vielen Menschen aus anderen Blocks der Demonstration sehr positive Reaktionen auf unser Flugblatt und auf die von uns angeregte Diskussion im Revolutionären 1.-Mai Bündnis zu hören waren. Und der Konflikt war wochenlang Diskussionsthema in vielen Berliner Kneipen und WGs.

Es nahmen etwa 15.000 bis 20.000 Menschen an der revolutionären 1. Mai Demonstration in Berlin teil, 2015 waren es noch 30.000 Menschen gewesen. Die Ökologische Linke lief am 1. Mai nicht in der Demonstration mit, sondern verteilte, wie erwähnt, am Rand und entlang der Demonstration das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2016 »Wie und Warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird«²⁵⁹ sowie die Stellungnahme des BundessprecherInnenrats der Ökologischen Linken »Antizionistischer Antisemitismus – Warum wir aus dem Revolutionären 1. Mai-Bündnis (Berlin) ausgetreten sind«²⁶⁰. Dieses Flugblatt wurde später auch auf den Kundgebungen gegen und am Rande der antisemitischen iranischen Al-Quds-Demonstration in Berlin am 2. Juli 2016 verteilt. Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken wurde auch bei den revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Nürnberg und Stuttgart verteilt.

Für viele junge Linke ist die soziale Frage immer weniger von Interesse. Sie haben den Bezug zur Unterschicht verloren.²⁶¹ Das ist mittlerweile auch dem linksliberalen Claus Leggewie aufgefallen: »Das Umschwenken von Klassenfragen und von sozialpolitischen Fragen hin zu

Identitätsfragen, wie sie in den 60er Jahren auch die sozialen Bewegungen betrieben haben, also der Wechsel von Klassenanalyse und Klassenkampf zu ›race-class-gender‹, fällt uns jetzt auf die Füße.«²⁶² Aber vor allem die Kapitalist*innen wissen, dass es Klassen gibt. Warren Buffet sagte 2006 »Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die diesen Krieg führt, und wir gewinnen«.²⁶³

Critical Whiteness kennt keine Klassen mehr, für sie gibt es nur Kultur und Identität. In den postkolonialen Verhältnissen, in denen die Staaten des Trikont von den kapitalistischen Zentren in ökonomischer Abhängigkeiten gehalten werden, weil dies billiger ist als sie dauerhaft militärisch zu besetzen, kann es nur im Interesse der Herrschenden sein, wenn linke Kritik an kapitalistischer Verwertung und Herrschaft ersetzt wird durch eine Kritik der Privilegien »weißer« Menschen oder eines angeblichen Kulturkannibalismus.

Im Gegensatz dazu sind viele Marxist*innen-Leninist*innen bei ihren Klassenanalysen in der Mitte des 20. Jahrhunderts stecken geblieben. Aber Klassen und deren Schichten sind keine starren, homogenen Strukturen. Es haben sich, Klassengrenzen überschneidend, längst soziale Milieus mit unterschiedlichen kulturellen Gewohnheiten und sozialen Erwartungen herausgebildet, die von Klassenbewusstsein nichts mehr wissen (wollen). Dazu kommen Kämpfe, die neue alte Fragen aufwerfen und der Streit geht auch darum, inwieweit sich diese vermeintlichen Nebenwidersprüche (Rassismus, LGBTIQ* usw) mit dem Hauptwiderspruch von Kapital und Arbeit verbinden lassen, objektiv und in den Köpfen der Protagonist*innen.

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen lag 2015 in der EU bei 23,7 Prozent. Das sind ca. 119 Millionen arme EU-Bürger*innen, insgesamt 3 Millionen mehr als 2008.²⁶⁴ Tatsächlich sind es eher 150 bis 200 Millionen Arme, davon in der BRD mindestens 16 Millionen Menschen,²⁶⁵ wir gehen eher von 30 Millionen aus. Die Chancen aus Armut und niedrigem Einkommen herauszukommen, sind in kaum einem anderen OECD-Land so schlecht wie in Deutschland.²⁶⁶ Altersarmut und Kinderarmut nehmen dramatisch zu.^{267 268}

Am 1. August 2016 trat eine Hartz IV-Novelle in Kraft, die als »Rechtsvereinfachungsgesetz« von der Regierung angekündigt war. Vereinfachung bezieht sich auf die Jobcenter, noch einfacher Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher*innen verhängen zu können. Während einmalige Leistungen, wie zum Beispiel Bezahlung von Mikrowelle oder Fernseher durch Hartz IV weitgehend abgeschafft wurden, hat die Bundesagentur für Arbeit eine Stelle zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, eine Art Hartz IV-Polizei eingerichtet.²⁶⁹ Es gibt Geldbußen von bis zu 5.000 Euro.

Die sogenannten OWi (Ordnungswidrigkeits)-Mitarbeiter*innen des Jobcenters können als eine Art Arbeitslosenpolizei umfassend die privaten Verhältnisse ermitteln, was für ein Bußgeldverfahren grundlegend ist. Sie haben weitgehend dieselben Rechte und Pflichten wie Staatsanwält*innen. Können Erwerbslose, die Hartz IV beziehen, das Bußgeld nicht zahlen, droht ihnen Erzwangshaft.²⁷⁰

Gleichzeitig gab es 2015 1.397 Milliardär*innen. Sie verfügten vor 20 Jahren über eine Billion Dollar. 2015 besaßen sie bereits 5,1 Billionen Dollar. In Deutschland wird mensch vor allem

durch Erbschaft zur Milliardär*in.²⁷¹ Eine Reform der Erbschaftssteuer, bei der Erbfälle bis 26 Millionen Euro steuerfrei bleiben, sorgt dafür, dass es auch weiter so bleibt. Die Grünen im Bundesrat stimmten mehrheitlich für die Reform. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann begründete dies als Freund des Kapitals und der Superreichen damit, dass die »mittelständische Unternehmensstruktur« vor Steueranforderungen geschützt werden müsse. Lohnabhängige dürfen dieses Loch im Steueraufkommen füllen. Auch so vergrößert sich die Spannweite der Spaltung in arm und reich.²⁷²

Betriebe können mittels dauerhafter Leiharbeit und extensivem Gebrauch von Werksverträgen die Löhne senken und ersetzen Teile der Stammebelegschaften. 69 Prozent der Betriebe in der Elektro- und Metallbranche nutzen heutzutage diese Form der modernen Sklaverei, die erstmals unter SPD-Kanzler Willy Brandt 1972 zugelassen wurde.^{273 274} Die Rot-Grüne-Bundesregierung unter Schröder enthemmte den flexiblen und billigen Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten. Viele Menschen treibt die Angst vor dem Totalabsturz dennoch in solche unwürdigen Leiharbeits- und Niedriglohnjobs.²⁷⁵

Der Leistungsdruck innerhalb der Betriebe nimmt für alle weiter zu. Im Jahr 2015 gab es bundesweit ca. 2,5 Millionen Menschen, die einen Zweit- oder Drittjob aus finanzieller Not aufgenommen haben.²⁷⁶ Jede/r dritte Lohnabhängige verzichtete im letzten Jahr auf die Ausschöpfung gesetzlich festgelegter Urlaubstage, 44 Prozent wiederum aus Angst vor Arbeitsverlust.²⁷⁷ Der Zwang zur Flexibilität nimmt weiter zu.²⁷⁸ Gleichzeitig werden Zehntausende bei den Banken, Fluggesellschaften, bei Autokonzernen oder in den Supermarktketten entlassen.²⁷⁹

Der Mindestlohn steigt ab Januar 2017 um 34 Cent auf 8,84 Euro. Er gilt nur für volljährige Arbeiter*innen und es gibt viele Ausnahmen.²⁸⁰ In vielen europäischen Ländern liegt der Mindestlohn höher als in Deutschland. In Luxemburg liegt er bei 11,12 Euro und in Belgien bei 9,15 Euro.²⁸¹

Der Wegfall der Sozialbindung von Wohnungen, Eigenbedarfskündigungen und Luxusmodernisierung, die Spekulation mit Grund und Boden und mit Wohnraum, all das gehört zum Prozess der Gentrifizierung. Weil die Zinsen niedrig sind, wird zwar in Immobilien investiert, aber trotzdem fehlen Millionen Wohnungen. Besonders billige Wohnungen ab 5,00 Euro/qm für die Unterschicht bis hin zur mittleren Mittelschicht fehlen. Viele Menschen, die sich die Miete nicht mehr leisten können, werden an den Stadtrand oder noch weiter raus gedrängt.

Mitglieder der Ökologischen Linken nahmen beobachtend für den BundessprecherInnenrat am bundesweiten Treffen stadtpolitischer Gruppen vom 22. bis 24. April 2016 in Köln teil, bei dem das Recht auf Stadt für alle eingefordert und Formen des Widerstandes gegen Verdrängung diskutiert wurden.

Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne, Zerstörung von Sozialleistungen und teure Mieten verschlechtern die soziale Lage vieler.²⁸² In Berlin liegen die Mietpreise 31 Prozent über dem zulässigen Niveau der Mietpreisbremse.²⁸³ Nicht viel anderes sieht es in Hamburg, Frankfurt/Main oder Stuttgart aus. Am 30. April 2016 nahmen 3.000 bis 4.000 Menschen in Berlin-Wedding an der antikapitalistischen Demonstration »Organize – Nachbar*innen gegen

Rassismus und soziale Ausgrenzung« teil. Auch wir. Zur gleichen Zeit gab es in Berlin-Neukölln eine Demonstration mit 700 Teilnehmer*innen für den Erhalt von linken Wohnprojekten, wie dem in der Friedelstraße 54.²⁸⁴

Bei der »Mietenstopp-Demonstration« unter dem Motto »Kampf den Mieten, Zwangsräumungen und Sozialabbau« in Berlin vom 10. September 2016 nahmen um die 700 Menschen teil.²⁸⁵ Mitglieder und Sympathisant*innen der Wähler*innengemeinschaft ÖkoLinX-Antirassistische Liste Berlin Friedrichshain-Kreuzberg (ÖkoLinX-ARL B F-K) verteilten das Antirassismus-Flugblatt »Monika Herrmann (grüne Bürgermeisterin) und Frank Henkel (CDU-Innensenator) Hand in Hand gegen Geflüchtete« und den Kandidat*innen-Flyer von ÖkoLinX-ARL B F-K zur Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung am Rand der Demonstration. Dafür wurden wir aus dem Lautsprecherwagen der Demonstration angefeindet, mit dem inhaltsleeren Argument, dass wir eine Partei seien, Jutta Ditfurth wurde sogar körperlich angegangen, konnte aber glücklicherweise geschützt werden. »Partei« traf nicht zu, denn ÖkoLinX-ARL B F-K ist keine und antirassistische Inhalte sind selbstverständlicher Teil auf jeder linken Demonstration. Jede Organisation sollte, wie immer, neben dem Bündnisflugblatt ihre eigenen inhaltlichen Stellungnahmen verteilen können. Dies ist längst basisdemokratische Praxis auf fast jeder Demonstration. Viele Teilnehmer*innen der Demonstration unterstützten uns. Hintergrund für die verbalen und tätlichen Angriffe war die politische Gegnerschaft zu unserer Position zum antizionistischen Antisemitismus aus dem Bündnis zur Organisation der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin.

Am 26. Oktober 2016 durchsuchte die Polizei u.a. 13 Wohnungen in linken Hausprojekten in Berlin. Hintergrund waren im Wesentlichen Farbbeutelwürfe auf der Solidaritäts-Fahrademonstration für die Rigaer Straße 94 im Juni 2016. Am 22. Juni wurde in der Rigaer Straße 94 das hauseigene Szenelokal »Katterschmiede« im Auftrag des Hausbesitzers von der Polizei geräumt. Diese Räumung war illegal, weil der Besitzer keinen Räumungstitel hatte, wie inzwischen gerichtlich bestätigt wurde.²⁸⁶ Eine Anwohner*inneninitiative hat ausgerechnet, dass die Polizeieinsätze in der Rigaer Straße 120.000 Polizeieinsatzstunden und 30 Millionen Euro gekostet haben.²⁸⁷

Für die Demonstration »Investorenräume platzen lassen« am 9. Juli 2016 in Solidarität mit der Rigaer Straße 94 aber auch mit anderen Projekten wie dem M99, einem räumungsbedrohten Laden für »Revolutionsbedarf«, waren etwa 3.500 Aktivist*innen zusammengekommen.²⁸⁸ Die Ökologische Linke und ÖkoLinX-ARL B F-K beteiligten sich bei der Demonstration und verteilten den Kandidat*innenflyer von ÖkoLinX-ARL B F-K zur Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg am 18. September 2016. Die Polizei ging mit Härte gegen Aktivist*innen vor. (Unerreichtes) Ziel ist es, einschüchtern und linke Milieus zu zerstören.

Die »Bologna-Reform« von 1999 öffnete die Universitäten noch weiter für die Kapitalverwertung. Mit dieser Reform setzte eine Verschulung der Universitäten ein, das Bachelor Studium ist Ausdruck dafür. Die kritische Interdisziplinarität wurde eingeschränkt. Eine grundsätzliche, wirkliche Reform der Universitäten ist notwendig. In einer demokratischen Universität müssten alle Hochschulangehörigen an der Verwaltung und der inhaltlichen Ausrichtung gleichberechtigt beteiligt werden.

An der Frankfurter Goethe-Universität gründete sich im November 2016 die Basisgewerkschaft »unter_bau«, welche die Universität jenseits ökonomischer Verwertbarkeit umgestalten will, so dass die Interessen der Studierenden, der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und der Beschäftigten der Universitätsinfrastruktur berücksichtigt werden.²⁸⁹ Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 8. Juni 2016 ist z.B. die Vertragspraxis ständig erneuerter Befristung der Verträge für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, also Kettenverträge, unzulässig.

In Baden-Württemberg hatte ein Professor gegen die Entmachtung des Senats geklagt. Dem Senat stehe nur ein Vetorecht zu, aber nicht, wie es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil verlangt, dass der Senat das Rektorat prinzipiell abwählen können muss.

Im Baden-Württembergischen Landeshochschulgesetz ist das Leitbild »unternehmerische Hochschule« festgelegt, das die Rektor*innen zu »Vorstandsvorsitzenden« macht. Es wird nun geprüft, ob das Landeshochschulgesetz in Baden-Württemberg verfassungswidrig ist.²⁹⁰

Seit 2002 führen private Akkreditierungsagenturen die Qualitätssicherung von Universitäten durch. Externe Professor*innen, Studierende und auch Kapitalvertreter*innen, die in solchen Agenturen organisiert sind, dürfen deutschlandweit im staatlichen Auftrag Studienangebote der Universitäten und Fachhochschulen begutachten.²⁹¹ Die Zertifizierung ist Voraussetzung dafür, dass der Studiengang genehmigt wird. Hierbei werden vor allem räumliche und personelle Gegebenheiten aber auch Prüfungsordnungen in einem Studiengang überprüft, um festzustellen, ob ein Fach überhaupt studierbar ist.

Im »Heidelberger Aufruf« vom Mai 2016 gegen die private Akkreditierung fordern Universitätsprofessor*innen wieder eine selbstorganisierte Qualitätssicherung an ihren jeweiligen Universitäten.²⁹² Sie wollen die Zerstörung der Hochschulautonomie beenden. Ein im März 2016 ergangenes Urteil des Bundesverfassungsgerichts stuft die Praxis der Akkreditierung in Nordrhein-Westfalen als Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit ein.²⁹³

Im Gegensatz zu Baden-Württemberg kann in Niedersachsen der Senat einer Hochschule die Rektor*in abberufen. In Hildesheim sprach sich z.B. der Senat an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim gegen eine zweite Amtszeit der amtierenden Präsidentin aus. Sie hatte sich schützend vor eine Dozentin und deren Lehrveranstaltung gestellt, in der der Nahostkonflikt einseitig und aus antisemitischer Perspektive dargestellt worden war.²⁹⁴

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) war »bis in die 70er Jahre voll von alten Nazis«. ²⁹⁵ In einem offenen Brief forderten Studierende in der GEW und andere den Vorstand der GEW auf, die Max-Träger-Stiftung umzubenennen. Im Rahmen eines Forschungsprojektes um Prof. Benjamin Ortmeier an der Universität Frankfurt zu faschistischer Pädagogik hatten die Studierenden die Aktivitäten des ersten GEW-Vorsitzenden Max Träger im NS-Faschismus und nach dem Krieg aufgearbeitet. Träger hatte großen Anteil an der Renazifizierung des pädagogischen Bereiches.²⁹⁶

Ende August 2016 veröffentlichte der Gesamtschullehrer Christoph Glanz in der Mitgliederzeitschrift des GEW-Kreisverbandes Oldenburg-Stadt einen Artikel, in dem er dem Staat Israel ethnische Säuberungen vorwirft.²⁹⁷ Der BDS-Aktivist Glanz fordert entsprechend der Forderungen der BDS-Kampagne den umfassenden Boykott, Sanktionen und Kapitalabzug gegenüber Israel. Der GEW-Kreisvorstand zog nach einigem Hin und Her die Zeitschrift zurück und sprach sich gegen den Boykott aus, ebenso wie der niedersächsische Landesverband der Gewerkschaft. Die Landesschulbehörde Niedersachsen wurde tätig, konnte sich aber nicht zu einer Suspendierung entschließen. Die Oldenburger SPD-Stadträtin Sara Rihl jedoch, die Glanz einen »bekannten Antisemiten« genannt hatte, musste nach einem Gerichtsurteil diese Bezeichnung vorläufig unterlassen. Sie ging in Berufung vor das Oberlandesgericht Hannover. Inzwischen hat S. Rihl einem gerichtlichen Vergleich zugestimmt. Sie verzichtet darauf zukünftig C. Glanz einen »bekannten Antisemiten« zu nennen. Glanz Schriften und Aktivitäten bewertete das Gericht nicht.

In sozialen Bewegungen, insbesondere in der Arbeiter*innenbewegung, wurde der gleiche Zugang aller Versicherten zu medizinisch notwendiger und auf dem neuesten Stand befindlicher Behandlung durchgesetzt. Dieses Recht wird zunehmend aufgekündigt.²⁹⁸ Die Privatisierung und klassenmäßige Parzellierung des Gesundheitswesens ist weiter im Gang. Schon 2009 bekannte sich die CDU in Nordrhein-Westfalen dazu, die gesetzliche Krankenkasse abschaffen zu wollen.

Mit dem »Gesetz zur Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen« stehen die Kassen noch mehr in der Konkurrenz zueinander, d.h. sie müssen Gewinne erwirtschaften. Patient*innen und ihre Gesundheit werden auf Sparflamme gehalten. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung müssen die Menschen als Gesundheits- und Pflegeleistungen dazu kaufen.²⁹⁹ Krankenkassen als Solidargemeinschaften abzuschaffen bedeutet im Endeffekt eine Dreiklassenmedizin für privat Versicherte, gesetzlich Versicherte und eine medizinische Notversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung. Dagegen kämpfen fortschrittliche Ärzt*innen und Patient*inneninitiativen, leider oft nicht miteinander vernetzt. Es gibt positive Beispiele: In Hildesheim und Osnabrück haben die Beschäftigten des Klinikkonzerns Ameo nach 46 Streiktagen 3 Jahre Kündigungsschutz, eine Gehaltserhöhung und die Übernahme von 50 Leiharbeiter*innen erreicht.³⁰⁰

Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) wurde eingeführt. Ursprünglich sollte die elektronische Gesundheitskarte schon ab 2006 eine digitale Patient*innenakte und einen Notfalldatensatz enthalten, auf die dann neben den Ärzt*innen auch Dritte und die Krankenkassen selbst Zugriff bekommen sollten. Aufgrund von technischen Schwierigkeiten verzögerte sich die Einführung mit dem kompletten Datensatz, aber ab Mitte Dezember 2016 sollten in Bayern erste Tests mit den neuen Funktionen erprobt werden.³⁰¹

Der Ärztetag 2016 und der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AKV)³⁰² forderten das Bundesgesundheitsministerium auf, die Milliardenausgaben für dieses Projekt zu stoppen. Es nutzt weder Patient*innen noch Ärzt*innen. Missbrauchsrisiken und Überwachungsmöglichkeiten sind hoch. Deswegen kämpft die Aktion »Stoppt die e-card« weiterhin dafür, die elektronische Patient*innenakten in der Hand von Patient*innen und ihren Ärzt*innen zu lassen und Kassenzugriffe darauf zurückzuweisen.³⁰³

Im Rahmen von Änderungsanträgen zu einer Arzneimittelnovelle hat der Bundestag am 9. November 2016 die Zulassung für Arzneimittelforschung an demenzkranken Patienten mehrheitlich beschlossen. Unter bestimmten Umständen sind klinische Tests nun an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen, zum Beispiel an Demenzkranken, möglich auch wenn die erkrankten Menschen selber nichts von der Forschung haben. Dies war bisher nicht erlaubt. Der Weg zum »unwerten Leben« ist da nicht mehr weit.

Die Arzneimittelverordnung setzt eine entsprechende EU-Richtlinie um. Der EU-Kommission sind die Interessen des Pharmakapitals wichtiger als der Schutz von Menschen. Scharfe Kritik gab es bis zum Schluss u.a. von den Behindertenverbänden, die die Hürden für Forschung der Pharmakonzerne an Kranken weiter hochhalten wollten.³⁰⁴

Im Jahr 2009 gab es im hessischen Landtag eine Anhörung zu brutalen Erziehungsmethoden an Heimkindern in den 1950er bis 1970er Jahren. 2016 kam heraus, dass Arzneimittel-firmen wie der Pharmakonzern Merck Heimkinder lange Jahre für Arzneimittelexperimente mit Psychopharmaka missbraucht hatten, ohne ihr Einverständnis und ohne medizinische Begründung.³⁰⁵ An diesen Experimenten waren maßgeblich Ärzt*innen beteiligt, die im NS-Faschismus am T 4-Mordprogramm mitgewirkt hatten. »T 4« steht für die Tiergartenstraße 4 in Berlin, der zentralen Planungsstelle der NS-Faschist*innen für das Vernichtungsprogramm von 70.000 Menschen mit Behinderungen.³⁰⁶ In Hessen führen die Spuren der Misshandlungen nach Treysa zum diakonischen Verein Hephata, der dort u.a. ein Heim betreibt. Auch in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein finden sich Studien mit Experimenten an Heimkindern mit Medikamenten der Pharmafirmen Behring, Boeringer Mannheim, Pfizer, Merck sowie anderen Herstellern.³⁰⁷

In den Niederlanden will die Regierung das bisherige – ohnehin schon enthemmte – Sterbehilfegesetz erweitern auf die aktive Sterbehilfe für lebensmüde, alte Menschen. Das bedeutet Euthanasie für Depressive und ist staatlich erlaubtes Morden.³⁰⁸ Dreiviertel der Deutschen können sich im Falle einer unheilbaren Erkrankung die Selbsttötung mit ärztlicher Hilfe vorstellen. Sie wollen die Angst vor Qual, Schmerz und dem Verlust der Selbstbestimmung beenden und den Angehörigen nicht zur Last fallen.³⁰⁹ Aus solchen Begründungen ziehen Euthanasiebefürworter*innen aller Couleur ihre Rechtfertigung für das Töten von »lebensunwerten« Leben. Dagegen kämpft die Deutsche Stiftung für Patientenschutz für umfassende medizinische und pflegerische Versorgung.³¹⁰ Eine der Lehren aus dem NS-Faschismus sei es, im Bündnis mit fortschrittlichen Verbänden und emanzipatorischen Initiativen, allen »Lebensunwert«-Diskursen und Euthanasie-Praxen entgegenzutreten.

Mit dem Verweis auf die Nichtdiskriminierung von Schwulen und Lesben sollen Verbote wie zum Beispiel das der Eizellenspende in Deutschland aufgehoben werden.³¹¹ Hintergrund für die von Reproduktionsmediziner*innen vorangetriebene Lockerung des Embryonenschutzgesetzes sind die Erfolgsmeldungen der Branche bei der Manipulation des Erbguts des Menschen und ihr Wunsch, für ihre Forschung immer ungehemmter auf menschliche Zellen zugreifen zu können.

2016 hatte ein Ärzteteam aus Großbritannien, USA und Mexiko den gesunden Zellkern der Eizelle einer Frau in eine entkernte Eizelle einer Spenderin eingesetzt und so einen genetischen Fehler in der Eihülle »behoben«. Erst dann wurde das Ei künstlich befruchtet. Damit besitzt das dann geborene Baby das Erbgut dreier Eltern.³¹² In dieser Logik wird der Qualitätscheck von Menschen nach den Erfordernissen der kapitalistischen Ökonomie erweitert und eugenisches und sozialdarwinistisches Gedankengut in die Köpfe gebracht. Eltern mit behinderten Kindern müssen sich in dieser »schönen neuen Welt« mehr und mehr rechtfertigen. Der Zugriff auf Menschen und auf ihren Körper wird verschärft und der Prozess beschleunigt sich. Es ist ein weiterer Schritt zur Schaffung eines, den Herrschenden genehmen Menschen. Der Kampf gegen die Entwertung des Menschen muss im Alltag und in politischen Zusammenhängen geführt werden und er muss die Perspektive des verwirklichten Humanismus beinhalten.

Die kapitalistische Verwertungslogik zerstört Mensch und Natur. Die Ozeane werden durch Radioaktivität, Plastikmüll und giftige Abwässer belastet. Die Klimaerwärmung trägt zum Artensterben bei. In weiten Teilen Nordostaustraliens, wo auch das Great Barrier Reef liegt, sterben die Korallenriffe.³¹³ Laut Weltwasserbericht 2014 der Deutschen Unesco-Kommission³¹⁴ sind vierzig Prozent der Weltbevölkerung von Wasserknappheit betroffen. Hauptsächlich in den trockenen Wüstengebieten der Erde, die sich auf Grund der kapitalistisch bedingten Aufheizung der Erdatmosphäre immer weiter ausbreiten.

Auch in den südlichen Ballungsgebieten herrscht häufig Wasserknappheit, die Klassenzugehörigkeit entscheidet über die Verfügbarkeit. Während 1,3 Millionen Menschen in Mexiko-City, hauptsächlich die Ärmsten, kein fließendes Wasser haben, bewässern die Reichen in der Stadt ihre Rasenflächen.³¹⁵ Die Stadtgebiete, die an die Wasserversorgung angeschlossen sind, bekommen oft keines, weil es durch Lecks im maroden Rohrleitungssystem versickert. Das Wasser, das noch aus den Wasserhähnen kommt, ist ohnehin als Trinkwasser nicht zu gebrauchen. Es ist mit Schwermetallen und Bakterien verseucht.³¹⁶

Seit 2012 ist das Recht auf Wasser in der mexikanischen Verfassung verankert. Die Versorgung durch Tanklastwagen durch die Regierung ist jedoch völlig unzureichend und nicht einmal dieses Wasser ist sauber. Die Regierung ist nicht in der Lage, das Problem der kapitalistisch bedingten Wasserknappheit und -verseuchung zu lösen und überlässt es privaten Konzernen, die nur am Profit interessiert sind. 82 Prozent der Einwohner*innen Mexikos versorgen sich auf Grund mangelnden Zugangs zu Trinkwasser durch teures Flaschenwasser, in Mexiko-City sind es noch mehr. Die Konzerne Coca Cola, Nestlé und Danone, die Anbieter von Flaschenwasser, machen Profite mit diesem Elend.³¹⁷

Weltweit wird das Trinkwasser vergiftet. Aufgrund der elenden Lebensbedingungen in den Trikontländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind rund zwei Drittel der Flusskilometer in diesen Ländern mit Fäkalien verschmutzt. Etwa 300 Millionen Menschen sind dadurch in ihrer Wasserversorgung bedroht.³¹⁸ Die durch die kapitalistische Produktion verursachte Vergiftung hinterlässt Schwermetalle wie Blei, Cadmium, Nitrat und Phosphate aus Massentierhaltung und Düngung, außerdem Pestizide sowie Fäkalien in Flüssen und Seen.

Aber auch im kapitalistischen Zentrum USA und zwar in allen fünfzig Bundesstaaten ist das Trinkwasser mit Blei verseucht. In Fleet im Bundesstaat Michigan litten Kinder an schweren Bleivergiftungen, im Januar 2016 wurde der Notstand ausgerufen.³¹⁹

Seit 2012 hat sich die Wasserqualität in Deutschland verschlechtert.³²⁰ In landwirtschaftlich genutzten Regionen steigt der Nitratgehalt im Grundwasser wieder an. Nitrat kann sich nach Aufnahme im Körper in das Zellgift Nitrit umwandeln und ist besonders für Babys gefährlich. Etwa die Hälfte der Flächen von NRW, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind betroffen.³²¹ Die EU hat wegen zu hoher Nitratwerte vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen Deutschland eingereicht.³²²

Jährlich gelangen Millionen Tonnen Plastikmüll in die Meere. Er wird nicht biologisch abgebaut, sondern in kleinste Teilchen (Mikroplastik) zersetzt. Als Mikroplastik werden Kunststoffteilchen bezeichnet, die kleiner als fünf Millimeter sind. Eine Untergrenze ist nicht definiert, also ab Sandkorngröße bis in den Nanobereich. An den größeren Teilchen lagern sich Schwermetalle und Dioxine an.³²³ In Nanogröße sind sie noch wesentlich gefährlicher, weil sie bei Lebewesen in die Zellstruktur eingebaut werden können.³²⁴ Die Gefahr von schädlichen Stoffen für Mensch und Natur hängt nicht nur von der Stofflichkeit an sich, sondern auch von ihrer Partikelgröße ab.

Über Meerestiere und Seevögel gelangt der Plastikmüll in die Nahrungskette, verändert den menschlichen Hormonstoffwechsel und verursacht Krebs.³²⁵ Chemiekonzerne wie BASF steigern die Produktion von Kunststoffen dennoch und werben zudem mit vermeintlichem Klimaschutz durch Langlebigkeit. Mikroplastikteilchen kommen auch beim Waschen von Fleece-Kleidung ins Wasser, sie entstehen beim Abrieb von Autoreifen und sind auch in Kosmetikprodukten enthalten. Wissenschaftler*innen und Umweltschützer*innen fordern wenigstens ein nationales Verbot von Mikroplastik in Kosmetik. Die CDU/SPD-Bundesregierung lehnt das ab.

Für knapp sechzig Milliarden Euro hat der IG Farben-Nachfolger Bayer den Monsanto-Konzern gekauft. Damit entsteht der weltweit größte Agrarchemiekonzern. Monsanto steht für gentechnisch hergestelltes Saatgut, Saatgutabhängigkeiten, Glyphosat (ein Breitbandherbizid zum Töten von Pflanzen) und profitiert vom Landraub, dem sogenannten Land-Grabbing. Durch die Monopolisierung verspricht sich der neue »Megakonzern« noch mehr Profite. Einer der größten Giftproduzenten will den Zugriff auf die gesamte Welternährung bekommen und sie beherrschen.³²⁶

Monsanto ist einer der Hauptprofiteure im sogenannten Sojagürtel, einer Fläche von etwa 50 Millionen Hektar Gensoja-Monokulturen in Brasilien, Argentinien, Bolivien und Paraguay. Dort kommt das genmanipulierte und glyphosat-resistente Monsanto-Saatgut »Roundup«-Ready gemeinsam mit dem Herbizid »Round-up« (Glyphosat) zum Einsatz.³²⁷ Das Anbaugelände wird durch Land-Grabbing immer mehr ausgebreitet, immer mehr Regenwaldflächen im Amazonasgebiet werden dafür gerodet. Die Sojabohnen dienen nicht der Ernährung, sondern sind für den Export als Futtermittel und für sogenannten Bio-Diesel bestimmt. Denjenigen, die den Boden seit Generationen dort bearbeiteten, wird ihre Existenzgrundlage

genommen, weil es noch nicht einmal rechtsstaatlich gesicherte Eigentumsverhältnisse für Grund und Boden gibt.

Die EU hat den Import von zwei Sorten Gen-Soja, eine von Monsanto und eine von Bayer, für weitere zehn Jahre als Futtermittel genehmigt.³²⁸ Die EU-Kommission hat die Neuzulassung des Monsanto-Giftes Glyphosat um weitere 10 Jahre bis Ende 2017 verschoben, solange gilt die alte Zulassung. Bis dahin soll ein weiteres Gutachten über die Gesundheitsrisiken erstellt werden.³²⁹ Das Totalherbizid Glyphosat ist aber krebserregend und hormonverändernd. Es ist darüber hinaus in Deutschland mitverantwortlich für den massiven Rückgang der biologischen Vielfalt im ländlichen Raum. Ein Drittel aller Tierarten ist bereits gefährdet, hauptsächlich durch industrielle Land- und Forstwirtschaft.³³⁰ Schon jetzt ist die Artenvielfalt in vielen deutschen Städten größer als auf dem Land.

Monokulturen aus sogenannten Energiepflanzen und damit verbundener Pestizideinsatz verdrängen immer mehr Tier- und Pflanzenarten. In Deutschland werden inzwischen auf 2,5 Millionen Hektar Ackerfläche Spritpflanzen angebaut. Das ist bereits mehr als zwanzig Prozent der gesamten Ackerfläche.³³¹ Das vermindert die Menge an Lebensmitteln.

Die Belastung mit Feinstaub ist in Indien am höchsten. An der Spitze liegen in den südlichen Ballungsgebieten Delhi, Kolkata und Mumbai. In Delhi liegen die Durchschnittswerte bei 144 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Das ist mehr als doppelt so viel wie in Peking und 13mal mehr als das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO, World Health Organization) als verträglich angesehene Limit, das ohnehin viel zu hoch angesetzt wurde. In Delhi werden täglich 1.200 neue Privatautos zugelassen. Im Großraum Delhi gibt es acht Millionen Autos und jede Nacht fahren 80.000 LKWs mit krebserregenden Dieselabgasen herum. Der Autoverkehr ist in Indien der Hauptverursacher von Feinstaub. In den Armenvierteln der Stadt wird über offenen Feuerstellen gekocht. Verbrannt werden Laub und Müll. Die Menschen leben in beißendem Qualm. Auf Baustellen wird noch krebserregender Asbest verbaut.

Feinstaub besteht u.a. aus Rußpartikeln, Reifen- und Bremsabrieb, Mikroplastikteilchen in Nanogröße, Salzkristallen, Glasstaub, Stickoxiden, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid. Die winzigen Feinstaubpartikel sind besonders gefährlich, weil sie ins Blut gelangen und bleibende Schäden verursachen.³³² Selbst kleinste Mengen sind gefährlich und können Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufkrankungen und Krebs verursachen.³³³ Partikel im Nanobereich sind noch gefährlicher, weil sie die Blut-Hirn-Schranke passieren und überall im Körper Schäden verursachen können.

Die Stadt Stuttgart unter dem grünen Oberbürgermeisters Fritz Kuhn ruft seit Anfang 2016 zwar ständig Feinstaubalarm aus, unternimmt aber sonst nichts zur Verringerung der Belastung. Gesundheitsgefährdung wird hingenommen, die Autokonzerne werden geschont. Die autokonzernfreundliche Grünen/SPD-Landesregierung in Baden-Württemberg verhängt keine Autofahrverbote oder andere Maßnahmen gegen den Feinstaub.³³⁴ Neben Feinstaub sind besonders die Stickoxide (NO₂) gefährlich. Sie verursachen Herz- und Kreislaufkrankungen, Kopfschmerzen, Schwindel, Atemnot und werden vom Autoverkehr, insbesondere von Dieselabgasen verursacht.³³⁵

Der grüne Ministerpräsident Kretschmann stellt sich gegen die sowieso schon autokonzernfreundliche Stellungnahme der EU-Kommission, den Wandel von Benzin- und Dieselfahrzeugen hin zu emissionsfreien Fahrzeugen ab 2030 mit Steuern und Abgaben zu fördern. Auch der grüne Bundesvorstand biedert sich beim Autokapital an. Rückblick: Vor 25 Jahren stimmten die Grünen für die Daimler-Benz-Teststrecke, schon damals von der Ökologischen Linken kritisiert. Heute wird Daimler-Chef Dieter Zetsche vom grünen Bundesvorstand zum Parteitag zum Thema Verkehrspolitik eingeladen.³³⁶ Das ist grüne Kontinuität.

Der Transport von Gütern wird immer mehr von der Schiene auf die Straße verlagert. Seit 2012 fahren auf deutschen Autobahnen sogenannte Gigaliner im Testbetrieb. Das sind 25 Meter lange Riesen-LKWs, deren Einsatz inzwischen auf etwa die Hälfte des gesamten Autobahnnetzes ausgeweitet wurde.³³⁷ Also noch mehr CO₂, Feinstaub und Bodenversiegelung.

2015 war weltweit das wärmste aller registrierten Jahre. Die durchschnittliche Jahrestemperatur stieg sprunghaft an, das erste Halbjahr 2016 übertraf das sogar noch.³³⁸ Dürregebiete breiten sich aus. Der Anbau von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Bohnen und Bananen wird südlich der Sahara immer schwieriger.³³⁹

Auf der Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris verpflichteten sich 196 Staaten auf eine nicht verbindliche Begrenzung des Temperaturanstiegs um zwei Grad im Vergleich zum Ende des 19. Jahrhunderts. Die Vertreter*innen dieser Staaten feierten diesen Klimavertrag als historischen Erfolg.³⁴⁰ Selbst Umweltverbände wie der BUND³⁴¹ oder Greenpeace³⁴² waren begeistert. Der Vertrag beinhaltet völlig unzureichende Klimaziele und falsche Maßnahmen. So wird zur Absorption von Treibhausgasen sogar die Verklappung von CO₂ vorgeschlagen.

Steigt die Temperatur weltweit um mehr als 1,5 Grad Celsius, schmilzt das Polareis und die kleinen Inselstaaten gehen unter. Die Schätzungen gehen jedoch für das Ende des Jahrhunderts von einem Temperaturanstieg von 2,7 bis 3,4 Grad Celsius aus. Trotzdem war der völlige Verzicht auf Kohle, Öl und Gas nicht durchsetzbar, weil Indien und die Ölexportstaaten wie Saudi-Arabien harten Widerstand leisteten.³⁴³ Der Vertrag lässt im Interesse der Profitmaximierung alles offen.

Dreißig Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und fünf Jahre nach der von Fukushima sind weltweit noch immer mehr als 400 Atomkraftwerke (AKWs) in Betrieb. Die Destruktivkraft Atomtechnologie zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen. Zehntausende Tote und unzählige noch zu erwartende Krebskranke, für Generationen verseuchte unbewohnbare Regionen und eine Anreicherung von Radioaktivität auf der nördlichen Erdhalbkugel haben in den wenigsten Ländern zur endgültigen Stilllegung von AKWs geführt. Die marode Hülle in Tschernobyl wurde durch einen zweiten neuen Sarkophag ersetzt, der nach Fertigstellung über den undichten geschoben wurde und die Freisetzung von radioaktiven Substanzen an die Atmosphäre verhindern soll. In der Ukraine sind weiterhin 15 Atomkraftwerke am Netz.³⁴⁴

In Japan setzt die atomkapitalfreundliche Regierung der liberaldemokratischen Partei (LDP) und der Gerechtigkeitspartei (Kōmeitō) weiterhin auf Atomstrom. In der Präfektur Fukushima werden die Menschen bedrängt, in die verstrahlten Gebiete zurückzukehren. Dort wurde die radioaktiv verseuchte Erde oberflächlich abgetragen. Sie lagert in der ganzen Region und für jede/n zugänglich in Müllsäcken im Freien.

In Japan ist die Atommafia über Kapital, Wissenschaft und den Staat mit seinen Repressionsorganen bestens vernetzt und einflussreich. Gegner*innen werden seit Jahrzehnten einschüchtert und sie werden unterdrückt. Trotzdem sind inzwischen sechzig Prozent der Menschen in Japan für den Atomausstieg. Seit fünf Jahren gibt es wöchentlich Demonstrationen vor dem Amtssitz des Ministerpräsidenten.³⁴⁵ Nach dem Hochfahren von vier AKWs nach der Reaktorkatastrophe von 2011 hat ein Gericht den Weiterbetrieb von zwei Reaktoren des AKW Takahama gestoppt.³⁴⁶ In der Präfektur Kagoshima wurde ein AKW-Gegner zum Gouverneur gewählt. Er will die beiden Reaktoren des AKW Sendai vom Netz nehmen.³⁴⁷

2012, ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima, beschloss die belgische Regierung, die Laufzeit der maroden AKWs Doel und Thiangen um zehn Jahre bis 2025 zu verlängern.³⁴⁸ Die deutsche Brennelementefabrik Lingen liefert, selbst nach einer Pannenserie in diesen beiden AKWs, weiterhin Brennstäbe dorthin.³⁴⁹

Die französischen Altreaktoren Fessenheim und Cattenom laufen trotz gefährlicher Störfälle weiter, ebenfalls versorgt mit deutschen Brennelementen. Widerstand und Platzbesetzungen gibt es gegen das geplante Endlager für hochradioaktiven Atommüll in der Nähe des kleinen lothringischen Dorfes Bure.³⁵⁰ Die Polizei räumte gewaltsam.

In der von Erdbeben am häufigsten betroffenen Region der Türkei sind vier Atommeiler geplant. Der erste, eine türkisch-russische Kooperation in der Südtürkei, befindet sich seit 2016 im Bau.³⁵¹

In Schweden beschloss die Regierung entgegen des Ausstiegsbeschlusses von 2014 nun den Ersatz von zehn alten Atomreaktoren durch neue.³⁵² Dieses Beispiel zeigt, dass nationale Ausstiegsbeschlüsse bedeutungslos sind, wenn sie die Kapitalinteressen, das heißt auch militärische, stören und es keine Gegenmacht in Gestalt einer großen Anti-AKW-Bewegung gibt.

Deutsche Militärs fordern seit langem eine »Wiederbelebung der nukleare Abschreckung«.³⁵³ Um die Option auf deutsche Atomwaffen offen zu halten, werden Wissen, Material und Technologie gebraucht. Atomanlagen wie die Uranfabrik Gronau und die Brennelementefabrik Lingen sowie die Forschungsatomreaktoren bleiben u.a. auch darum von deutschen Abschaltplänen unangetastet. Die Urananreicherung ist die Schlüsseltechnologie zur Herstellung von Atomwaffen. Das deutsche Kapital ist darin schon immer führend und deutsche Forschungsatomreaktoren werden mit hochangereichertem, also atomwaffentauglichem Uran betrieben.

Katastrophen wie die von Tschernobyl und Fukushima gehören für die Profiteure des Kapitals zu Risiken, die in Kauf genommen werden. Sie schmälern allenfalls kurz- und mittelfristig die Profite.

Das Atomkapital will weltweit wieder in die Offensive. Es entstehen laufend neue Atomkraftwerke, wie in Indien oder Russland. In China gingen 2015 fünf neue AKWs in Betrieb, zwanzig weitere sind im Bau. Dreißig Länder, die bisher keine AKWs hatten, darunter Polen, Vietnam, Saudi-Arabien und Jordanien wollen einsteigen.³⁵⁴

Die britische Regierung genehmigte den Bau des Atomkraftwerkes Hinkley Point C, dem ersten in der EU seit Fukushima. Der staatliche französische Atomkonzern Electricité de France (EDF) baut die zwei Atomreaktoren vom Typ EPR (Europäischer Druckwasserreaktor)³⁵⁵ und trägt zwei Drittel der Kosten von über 21 Milliarden Euro. Ein chinesischer Staatsfond finanziert ein Drittel. Chinas Ziel ist es in Großbritannien einen Atomreaktor mit der eigenen Technologie zu bauen. Die britische Regierung zahlt EDF einen festen Abnahmepreis, der etwa doppelt so hoch ist wie der Marktpreis. Über die gesamte Laufzeit subventioniert die britische Regierung diesen Atomreaktor mit mehr als 100 Milliarden Euro. So kann ein staatlicher Konzern seine Profite mit den Zahlungen eines anderen Staates maximieren.³⁵⁶

Die EU-Kommission will die Atomtechnologie massiv stärken. Mit Fördergeldern soll der Bau von AKWs vorangetrieben werden, neue Mini-Reaktoren entwickelt und staatenübergreifende Kooperationen gefördert werden.³⁵⁷ Die Bundesregierung hält zudem an der gefährlichen und teuren Atomfusion fest. Mit dem Gemeinschaftsprojekt ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor), an dem die EU mit 45 Prozent beteiligt ist, soll 2035 der im Bau befindliche Atomfusionsreaktor im französischen Atomforschungszentrum Cadarache in Betrieb gehen. Mit Stromerzeugung aus Atomfusion wird frühestens in einigen Jahrzehnten gerechnet, die Kosten sind um mehr als das Doppelte, auf 20 Milliarden Euro, angestiegen.³⁵⁸ Die Atomfusion soll die Atomspaltung ablösen und ist die technologische radioaktive Konkurrenz für Öko-Strom, für erneuerbare Energien, insbesondere aus Sonne, Wind und Wasser, die unbegrenzt zur Verfügung stehen und keine giftigen Abfälle produzieren.

Für die Atommüll-Endlagersuche hat die atomkapitalfreundliche staatliche Endlagersuchkommission »Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe« – in der auch der Anti-AKW-Bewegung angeblich nahe stehende Vertreter mitarbeiteten – einen Abschlussbericht vorgelegt. Er legt fest, dass in Deutschland hochradioaktiver Atommüll in Salz, Ton oder Granit gelagert werden soll. Diese Formulierung schließt Gorleben als Standort ein. Da es kein sicheres Endlager geben kann, geht es darum, an welchem Standort Mensch und Natur mit den hochradioaktiven Stoffen geschädigt werden.

Nahezu die gesamten Kosten der Atommülllagerung wälzen die Atomkonzerne E.on, RWE, EnBW und Vattenfall auf den Staat, bzw. die Lohnabhängigen ab. Jahrzehntlang hatten sie die staatlich subventionierten Profite kassiert. Nun haben diese Konzerne die Regierung mit Bankrottandrohungen erpresst und können sich für 23 Milliarden Euro von den Kostenübernahmen für Zwischen- und Endlagerung freikaufen.³⁵⁹

Nach wie vor wird der Ausbau der erneuerbaren Energien behindert. Ökostromanbieter erhielten zeitweilig garantierte Strompreisvergütungen. Damit ist nun Schluss. Die Neufassung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) sieht vor, dass sich alle Ökostromanbieter künftig an Ausschreibungen beteiligen müssen. Den Zuschlag bekommt der billigste Anbieter.³⁶⁰ Kleine regionale Anbieter mit Bürger*innenbeteiligung haben so keine Chance gegen die großen Stromkonzerne, die zum Beispiel ihre großen Windparks im Norden betreiben und mit Dumpingpreisen alles niederkonkurrieren können. Und selbst diese können ihren produzierten Ökostrom nicht transportieren, weil ein schneller Netzausbau im Interesse der großen Energiekonzerne und der Kohlestromlobby verhindert wird.³⁶¹

Außerdem gab es Widerstand gegen die billigeren oberirdischen Stromtrassen. Die Stromkabel werden jetzt zum Teil unterirdisch verlegt, zur Minimierung elektromagnetischer Strahlung und der Zerstörung der Landschaften.^{362,363}

Neben einigen kleineren Anti-Atom-Protesten anlässlich der Tschernobyl- und Fukushima-Jahrestage beteiligten sich am 29. Oktober 2016 unter dem Motto: »Atomkraftwerken den Saft abdrehen! Brennstoffversorgung aus Lingen und Gronau stoppen!« etwa 700 Leute an einer Demonstration in Lingen.³⁶⁴

Der letzte für die Anti-AKW-Bewegung relevante Castor-Transport vom französischen La Hague nach Gorleben, der die Proteste bündeln konnte, fand 2011 statt. Aber 2017 heißt es eventuell wieder: Castor Alarm! Zwei Castortransporte sind geplant. Da derzeit die Transporte nach Gorleben ausgesetzt sind, soll radioaktiver Müll in sogenannten Standort-Zwischenlagern gelagert werden. Das AKW Obrigheim hat kein solches Zwischenlager. Darum sollen 2017 fünfzehn Castoren mit hochradioaktivem Müll per Schiff auf dem Neckar von Obrigheim nach Neckarwestheim gebracht werden.³⁶⁵

Ein weiterer Transport ist von La Hague nach Philippsburg geplant. Von 2018 bis 2020 sind Castortransporte von der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield nach Brokdorf, Biblis und Ohu geplant.³⁶⁶ Für die Anti-AKW-Bewegung wären die Transporte ein Kristallisationspunkt, um den Widerstand gegen die gefährliche staatliche Pro-Atompolitik auf die Straße zu tragen.

Auf Grund der objektiven Notwendigkeit des Klimaschutzes und des erfolgreichen Ausbaus der erneuerbaren Energiequellen werden die Braunkohlekraftwerke schneller als geplant überflüssig. Um den CO₂-Ausstoß zu verringern werden von 2016 bis 2019 mehrere Kohlekraftwerke für vier Jahre nur noch als Reservekraftwerke bereitgehalten, ehe sie stillgelegt werden. Jahrzehntlang waren Vattenfall, RWE und Mibrag für CO₂-Ausstoß und Klimawandel verantwortlich und haben die Profite kassiert. Jetzt werden sie vom Staat mit 230 Millionen Euro pro Jahr für sieben Jahre entschädigt.³⁶⁷

Die Kampagne »Ende Gelände« organisierte vom 13. bis 16. Mai 2016 Widerstand im Braunkohlerevier Lausitz gegen die weitere Nutzung von Braunkohle. Mehr als 3.000 Aktivist*innen beteiligten sich an einem Klimacamp, viele an den Aktionen. Über 400 Menschen blockierten auf den Gleisen die Versorgung mit Braunkohle im Kraftwerk »Schwarze Pumpe« fast 30

Stunden. Im Tagebau Welzow-Süd wurde ein Kohlebagger mehr als 48 Stunden besetzt. Die Aktivist*innen wurden von Nazis und aggressiven Kohlebefürworter*innen aus der Region angegriffen. Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) diffamierte die Demonstrant*innen als Rechtsbrecher und ihre Forderungen nach Braunkohleausstieg als »Unsinn und Unfug«.³⁶⁸

Auch im rheinischen Braunkohlerevier gab es Proteste gegen die weitere Abholzung des Hambacher Forstes. Am 23. Oktober 2016 markierten über Tausend rot gekleidete Demonstrant*innen eine zwei Kilometer lange symbolische Rote Linie, einer der größten Proteste der letzten Jahre.³⁶⁹ Im November 2016 gab es mehrere tagelange Protestaktionen von Aktivist*innen im Hambacher Forst gegen erneute Rodungsarbeiten durch den Tagebaubetreiber RWE. Es gab massive Polizeieinsätze nachdem ein Trafohäuschen gebrannt hatte und ein RWE-Fahrzeug mit Steinen attackiert worden war. Viele Aktivist*innen im Wald wurden festgenommen, die Polizei ließ Unterholz roden, um Versteckmöglichkeiten zu verhindern.³⁷⁰

ÖkoLinX-Antirassistische Liste kandidierte im März 2016 wieder bei der Kommunalwahl in Frankfurt am Main. Eine große Liste mit 52 Kandidat*innen trat für den Frankfurter Römer und den Ortsbeirat 3 (Nordend) sowie erstmals für die Ortsbeiräte 1 (Altstadt, Bahnhof, Europaviertel, Gallus, Gutleut, Innenstadt) und 4 (Bornheim, Ostend) an. Politische Schwerpunkte waren die soziale Frage, der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und völkische Querfronten sowie der Kampf gegen die Gentrifizierung und für die grünen Lungen Frankfurts. Bei der Wahl am 6. März erreichte ÖkoLinX-ARL erstmals 2 Sitze im Römer und verpasste nur knapp die für die Fraktion notwendigen 3 Sitze. Für den Ortsbeirat 3 wurde Manfred Zieran wieder gewählt. Im Ortsbeirat 1 wird ÖkoLinX-ARL von Julian Volz vertreten und im Ortsbeirat 4 von Matthias Baumgardt. Im Römer wird Jutta Ditfurth jetzt von Manfred Zieran unterstützt.

Es gibt gute Nachrichten aus dem Römer: der völkische Rassist Wolfgang Hübner, ehemals Freie Wähler, dann AfD, zuletzt Fraktionschef der rechten Bürger für Frankfurt (BFF), hat seine Ämter niedergelegt. Wurde auch Zeit.³⁷¹ Es sind auch ohne ihn noch zu viele Völkische, Rassist*innen und Antisemit*innen im Römer!

ÖkoLinX-Antirassistische Liste im Römer versucht bundesweit eine Vernetzung mit anti-autoritären und unabhängigen antikapitalistischen Kommunalparlamentarier*innen, welche die ökologische Frage als einen Teil der sozialen Frage begreifen und gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, völkischer Querfront und Sexismus kämpfen.

In Ludwigsburg (Baden-Württemberg) sind Claudia Dziubas und Oliver Kube aus der Linkspartei ausgetreten und haben sich politisch mit ÖkoLinX-ARL verbunden. Sie ertrugen die rassistischen und nationalistischen Positionen in der Linkspartei nicht mehr. Ihre Gruppe im Gemeinderat von Ludwigsburg heißt ÖkoLinX-Antirassistische Linke. Oli Kube hat im Oktober 2016 auch die Rot-Schwarze Initiative (RSI) in Ludwigsburg gegründet.³⁷²

In Berlin kandidierte die Wähler*innengemeinschaft ÖkoLinX-Antirassistische Liste Berlin Friedrichshain-Kreuzberg (ÖkoLinX-ARL B F-K) für die Wahl zur Bezirksverordneten-

versammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg am 18. September 2016. An dieser Kandidatur waren auch Mitglieder der Ökologischen Linken Berlin beteiligt. ÖkoLinX-ARL B F-K erhielt insgesamt 1.131 Stimmen, das sind 0,9 Prozent. Für den Einzug in die BVV wären um die 3 Prozent notwendig gewesen. Die besten Ergebnisse erreichte die Liste im Osten Kreuzbergs, dem Wrangelkiez, der links geprägt ist. Im Wahlkreis 319 zwischen Naunyustraße und Oranienstraße sogar 4,24 Prozent. Die Kandidat*innen und Unterstützer*innen haben wochenlang vor allem Straßenwahlkampf gemacht. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologische Linke haben ÖkoLinX-ARL B F-K im Wahlkampf unterstützt.

Vielen Dank dafür!

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 17./18. Dezember 2016 in Köln**